Dienstag, 21. Juni 1932
Nr. 139. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Noch einmal Nazizuwachs in Hessen

Die Hessenwahlen hatten folgendes vorläufiges Ergebnis:

	Landtag 10. II. 32	Präsidentenwahl 13. III. 32		Landtagswahl 15. XI. 31	Reichstagswahl 14. IX. 30	Mandate	Bisher
1. Soz. Arbeiterpartei	11 697		SAP	(8 177)	(—)	1	(2)
			KPO	(14 924)	(—)	1	(—)
2. Sozialdemokraten	172 545			(168 101)	(215 746)	17	(15)
3. Kommunisten	82 111	(70 378)	(104 853)	(106 790)	(84 613)	7(?)	(10)
4. Zentrum	108 603			(112 444)	(104 245)	10	(10)
5. Hess. Demokraten	4 925			(4 613)	(—)	0	(0)
6. Nat. Einheitsliste	25 175			(68 208)	(187 112)	2	(5)
7. Deutschnationale	11 267		(16 185)	(10 857)	(11 902)	1	(1)
8. Nationalsozialisten	328 313	(313 429)	(280 176)	(291 183)	(137 881)	32	(27)
(Hindenburg-Block)		(434 630)	(427 837)				

Das mit großer Spannung als Barometer der kommenden Reichstagswahlen erwartete Ergebnis der Abstimmung zum hessischen Landtag zeigt vor allem immer noch ein weiteres Anwachsen der Nationalsozialisten. Allerdings bleibt ihre neue Zunahme hinter den eigenen Erwartungen zurück, die nach dem mit Aufgebot außerordentlicher Mittel und dem persönlichen Einsatz des Osaf Hitler im Wahlkampf bei der NSDAP vorhanden waren. Die Zunahme der Stimmen seit der zweiten Hindenburgwahl beträgt diesmal nur noch 14 000, nicht ganz 5 Prozent der bisherigen Nazistimmen.

Auch die SPD verzeichnet einen Wahlerfolg, sie holte von den früheren Verlusten etwa 3 Prozent ihrer letzten Gesamtstimmenzahl wieder auf, in den Städten teilweise bedeutend mehr. Das Zentrum hat sich ungefähr gehalten, die KPD verliert gegenüber der letzten Landtagswahl 24 000 Stimmen, seit der zweiten Präsidentenwahl ist aber auch sie wieder etwas im Vormarsch. Die Hauptverluste tragen die bürgerlichen Mittelparteien, deren Wahlblock ihren Niedergang nicht aufzuhalten vermochte.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei verzeichnet gegenüber der Landtagswahl vom 15. November einen Zuwachs von rund 2500 Stimmen. Jedoch ist dieser Zuwachs sehr unbefriedigend, da unsere Partei in Hessen seit November durch die Vereinigung mit der Offenbacher KP-Opposition verstärkt worden ist. Von den früheren Wählern der KP-O., ebenso wie von den Wählern, die schon im November für die SAP stimmten, ist es jetzt nur gelungen, den festen Stamm, rund die Hälfte der Novemberwähler beider Gruppen, und damit das Mandat des Genossen Galm, Offenbach, zu erhalten. Angesichts der allgemeinen Rechtsruckes und des Nazirummels, der im Arbeiterlager am empfindlichsten die KPD getroffen hat, ist jedoch das Ergebnis für die SAP kein entmutigendes. Sie hat den Wahlkampf so gut wie ohne alle Mittel geführt, und hatte diesmal die zur Scheinopposition gezwungene SPD und nicht mehr die offene Tolerierungsschande auf der einen, — auf der anderen Seite eine KPD-Politik zum Gegner, die die allergröbsten, sektiererischen Auswüchse abgestellt hat. Zahlreiche SPD- und KPD-Wähler stimmten für diese beiden großen Arbeiterparteien, obwohl sie zu deren Politik kritisch stehen und mit den Zielen der SAP sympathisieren. Es ist unter diesen Umständen für die junge Partei, die unbeirrt um die augenblickliche Verwirrung im Arbeiterlager ihren Kampf um die Erneuerung der revolutionären Bewegung und die Wiederherstellung der Einheit und Aktionskraft der Arbeiterbewegung fortsetzt, eine beachtliche Leistung, in dieser Wahlabstimmung fast 12 000 Stimmen erhalten zu haben. (Weiteres zur Hessenwahl siehe im Innern des Blattes.)

Sozialistische Arbeiterpartei marschiert

Aufmarsch des Sozialistischen Schutzbundes am Sonntag, 19. Juni, zum Bezirksparteitag der SAP in Plauen i. V. (Arbeiterfoto Plänitz)

Reichshilfe für Schlotbarone

Die große Ausplünderung der Reichskassen beginnt

Was wir bereits am Sonntag in einer Wirtschaftsbetrachtung als bevorstehend bezeichneten, eine großzügige Ausplünderung der Reichskassen zugunsten der Schlotbarone und Krautjunker, hat inzwischen bereits begonnen, Wirklichkeit zu werden. Wie soeben bekannt wird, hat die reichseigene Dresdner Bank eine sehr großen Aktienposten der „Charlottenhütte" aus dem Besitz des ungekrönten Königs der deutschen Montanindustrie, Dr. Friedrich Flick, übernommen, wobei als Grund angeführt wird, daß andernfalls eine Gefahr der Ueberfremdung für die Vereinigten Stahlwerke, auf die 40% der deutschen Stahlerzeugung entfallen, bestanden hätte. Die „Charlottenhütte" ist nämlich eine Holdeug-Gesellschaft, die den ausschlaggebenden Einfluß auf das Stahlwerk Gelsenkirchen besitzt und mittels dieser wieder den Stahlverein kontrolliert. Die Gefahr einer Ueberfremdung soll darum entstanden sein, weil Flick seinen Aktienbesitz im Ausland lombardieren ließ und jetzt der Fälligkeitstermin herangerückt ist, Flick aber außerstande sei, seine Verpflichtungen einzuhalten.

Also lautet wenigstens die Version, wie man sie in der Kapitalspresse findet. In Wirklichkeit liegt der Fall weniger harmlos. Flick hat sich mit seinem Aktienbesitz nicht aus patriotischer Sorge an das Reich bzw. die Dresdner Bank gewandt, sondern einzig und allein weil das Reich sich als großzügig genug erweist,

die auf seinen Aktienbesitz eingetretenen Verluste zu übernehmen.

Würde Flick seine Aktien auf dem freien Markt verkaufen, so bekäme er hierfür selbst im günstigtsten Falle den Betrug, zu welchem er sie in Holland beliehen hat. Mit anderen Worten: Flick steckt in einer argen Zwickmühle. Er hat sich verspekuliert und mußte nun dafür mit einem Verlust büßen, der

in die Dutzende von Millionen geht.

Papen und Schleicher sind großzügig genug, dem Flick jetzt diese Sorge abzunehmen, denn natürlich ist es nur eine oberfaule Ausrede, wenn die der Regierung nahestehenden Kreise es so darstellen, als sei die ganze Transaktion eine reine Angelegenheit der Dresdner Bank. Einmal ist bekannt, daß ihre Vorbereitung im Reichsfinanzministerium erfolgt ist und zum anderen ist es ganz ausgeschlossen, daß die Dresdner Bank einen derartigen verlustreichen Aktienaufkauf ohne ausdrückliche Zustimmung des Reiches übernehmen kann, das doch letzten Endes für alle bei dieser Bank auftretenden Verluste aufkommen muß. Immerhin wirft auch dieser Vorgang ein Schlaglicht auf die Möglichkeiten, die sich durch die große Bankenverstaatlichung, allerdings in einem ganz anderen Sinne als Naphtali und andere Reformisten es wahr haben wollten — eröffnen: auf dem Umweg über diese Banken kann die Regierung, ohne daß sie die Oeffentlichkeit auch nur zu unterrichten braucht, den Schlotbaronen mit allen von ihnen geforderten Summen unter die Arme greifen.

Doch nicht nur, daß hier eine riesige Millionenspende an einen Privatmann vorliegt, die in schreiendster Weise mit dem durch die Notverordnung vollzogenen Raub an Renten und Unterstützung kontrastiert, ist auch die „Ueberfremdungsgefahr" nur ein gesuchter Vorwand. Der Aufkauf scheint vielmehr eher dazu zu dienen, die „Ueberfremdung" gerade zu fördern. Bekanntlich ist die neue Regierung eine starke Förderin jener Rechberggschen Pläne, die eine deutsch-französische Verständigung in der Form einer monopolistischen Besitzverflechtung vorbereiten und durchführen wollen. Hierfür kame natürlich in erster Linie der Stahltrust in Frage. Es hat darum sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß der Aktienaufkauf nicht zuletzt im Hinblick auf derartige zukünftige Arrangements erfolgt. Hierbei wäre freilich Voraussetzung, daß das Ausland die Aktien auf der Grundlage eines Kurses eintauschen kann, der ihrem inneren Wert entspricht und da dies für die privaten Aktienbesitzer mit großen Verlusten verbunden wäre, so schaltet sich das Reich in der uneigennützigsten Weise ein.

Wie dem indessen sei: **Tatsache ist, daß diese noch in starkes Geheimnis gehüllte Affäre eine provozierende Verschleuderung öffentlicher Gelder zugunsten Privater ist, daß dieselbe Regierung sich damit als eine Wohlfahrtsanstalt für die Reichen etabliert, zumal Flick nicht nur einer von den vielen ist, die von den Papen und Schleichern die Rettung ihres Besitzes erwarten und auch zugesichert erhalten haben.**

Kommunistenhetze und Nazi-Provokationen

Die zwei letztvergangenen Tage führten mit der Aufhebung des SA-Verbotes überall im Reiche zu Provokationen der braunen Banden. — In München versuchte die NSDAP das dort weiterbestehende Uniformverbot gewaltsam zu durchbrechen, sie veranstaltete eine illegale Massendemonstration der Braunhemden, die von der Münchener Polizei behindert wurde. 600 Braunhemden wurden verhaftet.

In Köln und in einer Reihe von rheinischen Städten kam es zu blutigen Zusammenstößen mit den provozierenden Faschisten. In Remscheid kam es zu einer wüsten Schlägerei mit den Nationalsozialisten, wobei zwei Arbeiter durch Messerstiche schwer verletzt wurden. Es wurden 16 Verhaftungen vorgenommen.

In Aachen rief das provozierende Auftreten der uniformierten Nationalsozialisten große Erregung unter der Bevölkerung hervor. Die Menge nahm gegen die Nationalsozialisten eine drohende Haltung ein und warf sie mit Pflastersteinen. Auch hier „säuberte" die Polizei mit dem Gummiknüppel die Straßen.

Regelrechte Straßenschlachten zwischen Arbeitern und Nazis entwickelten sich in Birkendorf bei Düren.

In Stettin wurden von den Nazis Reichsbannerangehörige überfallen.

Die Nazi- und die Hugenbergpresse hetzen mit dem offenkundigen Bestreben, die Naziprovokationen in „Kommunistenangriffe" umzulügen, um die Blutschuld der Nazis zu vertuschen und das Verbot von allen Linksorganisationen vorbereiten zu helfen.

Im Ringen um die Einheitsaktion

SPD und KPD versagen noch immer

* 30. Juni 1932.

Die proletarischen Massen geraten immer mehr in Gärung. Die Parole der Sozialistischen Arbeiter-Partei, die sie seit ihrem Bestehen verfolgt: die einheitliche Aktion der Arbeiterorganisationen im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus zustandezubringen, fällt auf immer fruchtbareren Boden.

An allen Ende des Reiches schießen die Kampfkartelle und Einheitsfrontkomitees aus dem Boden.

Es vergeht kein Tag mehr, an dem unsere Zeitung nicht über neue Erfolge in der Vorbereitung des proletarischen Kampfes berichten kann. Die unteren Organisationen von SPD und KPD setzen sich in fortschreitendem Maße über den Willen der zentralen Instanzen, die noch immer nicht begriffen haben, was die Stunde fordert, hinweg und beteiligen sich an solchen Aktionen. Was einmal im Vogtland, in Klingenthal und Falkenstein, bald nach der Gründung der SAP seinen Anfang genommen hat, das setzt sich jetzt im ganzen Reiche in raschem Tempo —wenn auch noch längst nicht schnell genug — durch, nachdem jene ersten verheißungsvollen Anfänge zum großen Teil durch die KPD-Bürokratie wieder zerschlagen worden sind.

Sogar bis in die Zentralen der alten verknöcherten Parteibürokraten von SPD und KPD hat sich die Erschütterung schon spürbar ausgebreitet. Schritt um Schritt werden sie durch den Druck ihrer Mitgliedermassen gezwungen, von den alten, erstarrten Bahnen ihrer Politik abzugehen und in der Praxis das zu tun, wofür sie die Sozialistische Arbeiter-Partei solange verketzert oder verlacht haben. Aber noch sind

die unerhörtesten Widerstände zu überwinden.

Nachdem die Kommunistische Partei mit ihrem Berliner Spitzenangebot für eine gemeinsame Kampfdemonstration, das sie auch an SPD und ADGB richtete, endlich getan hatte, was sie jahrelang verketzert und verfemt hatte, schien es, als ob ein Schritt — wenn auch erst der erste, schüchternste Schritt — getan sei zu der heute so bitter nötigen Herstellung einer Kampffront der proletarischen Organisationen. Remmeles Leitartikel in der „Roten Fahne" vom Sonntag aber bedeutet auf der ganzen Linie

krassen Rückfall in alle Fehler der ultralinken Taktik.

Es ist, als ob die KPD aufatme, daß aus ihrem Spitzenangebot in der Praxis nichts geworden ist.

Wieder nennt Remmele die sozialdemokratischen Organisationen „sozialfaschistisch". Man sollte meinen, daß dieses blöde, das gesamte Proletariat desorganisierende Schlagwort mit dem Berliner Spitzenangebot endlich überwunden gewesen wäre. Wie kann man Organisationen, die man für faschistisch hält, ein Angebot zu einer gemeinsamen Demonstration machen? Wie kann man glauben, daß ehrliche Proletarier, die der Fahne der KPD folgen, dieses Schwanken der Taktik von einer Woche zur anderen, diese sich gegenseitig ausschließenden politischen Irrwege begreifen können?

Das Spitzenangebot der KPD enthielt weiter bei all seiner Unvollkommenheit doch praktisch den Verzicht auf die Forderung nach der vorherigen Anerkennung der KPD als Führerin der antifaschistischen Aktion. Von kommunistischen Provinzfunktionären konnte man in den letzten Tagen schon offen aussprechen hören — was unter brüllendem Widerspruch der Kommunisten die Sozialistische Arbeiter-Partei dreiviertel Jahre in all ihren Versammlungen den Arbeitern gesagt hat — daß die Frage der Führung, so wie die Dinge heute liegen, nur im Kampfe selbst entschieden werden kann, dadurch daß man sich in diesem Kampfe das Vertrauen der geführten Massen erwirkt. Der Artikel von Remmele aber enthält von neuem die Forderung nach der Führung der Kommunistischen Partei in der antifaschistischen Aktion.

Und er enthält noch ein anderes: Er stellt von neuem die Parole zur „Befreiung des deutschen Proletariats aus sozialer und nationaler Knechtschtft" auf. Er setzt damit den furchtbarsten und folgenschwersten Fehler der kommunistischen Politik in den vergangenen Jahren fest.

Dieselbe Nummer der „Roten Fahne" bringt einen Artikel, der die SAP verächtlich machen soll, in Wahrheit aber nur den völligen Mangel politischen Verständnisses bei der Führung der KPD und zugleich die Unehrlichkeit ihres Berliner Spitzenangebots beweist. Daß dieser Artikel so schamhaft auf einer Annoncenseite versteckt ist, daß 90 Prozent der „Fahne"-Leser ihn wohl nicht gefunden haben dürften, macht ihn nicht klüger und läßt höchstens die Hoffnung zu, daß einige Reste politischen Schamgefühls in der Redaktion der „Roten Fahne" noch zu finden sind.

Die Berliner SAP hatte bekanntlich das Spitzenangebot der KPD sofort angenommen, obgleich wir von vornherein Zweifel in die Ehrlichkeit des Angebots gesetzt hatten. In peinlicher Verlegenheit über die Zusage der SAP und in der Sorge, es könne wirklich einmal in der Reichshauptstadt eine Aktion zustande kommen, die nicht „unter Führung der KPD" deren engste Anhängerschaft auf die Beine brächte, weist die KPD die Zusage der SAP auf ihr eigenes Angebot zurück mit der Begründung, dieses Angebot habe sich nur an Kampforganisationen gerichtet, die SAP aber — sei keine Kampforganisation. Der „Beweis" dafür, daß die SAP keine Kampforganisation ist, ist köstlich. Neben einigen kindischen Angriffen, die an dieser Stelle schon dutzendmal zurückgewiesen sind, heißt es da:

„Eine Organisation, die am 1. Mai mit Breitscheid und Künstler im Lustgarten demonstriert . . . das ist eine Organisation zur Verhinderung des Kampfes".

Und das erklärt die KPD wenige Tage nachdem sie sich bereit erklärt hatte, selbst mit Breitscheid und Künstler im Lustgarten zu demonstrieren! Welcher kommunistische Prolet soll diese Bocksprünge einer angeblichen Politik noch begreifen? Wenn schließlich noch erklärt wird, mit den Arbeitern in der SAP wolle die KPD gern zusammenarbeiten, aber zu diesem Zweck müßten die SAP-Arbeiter in die KPD eintreten, — dann bestätigt das von neuem, daß die die KPD-Führung das ABC der proletarischen Einheitsfronttaktik noch immer nicht begriffen hat.

*

Und dabei konnte jenes Berliner Spitzenangebot der KPD, wäre es ehrlich gemeint gewesen, ein verheißungsvoller Anfang für die weitere Entwicklung werden. Es hatte in die Reihen der sozialdemokratischen Führerschaft — unter dem Druck der SPD-Proleten — heillose Verwirrung gebracht.

Der „Vorwärts bringt am Sonntag, also zu einer Zeit, wo Remmeles grauenhafter Artikel noch nicht bekannt war, einen Artikel Stampfers, in dem nach einigem Winden zugegeben wird, daß

die Einheitsfront zur Zeit „weder in der KPD gegeben ist noch in der SPD".

Immerhin schon ein wesentlich anderer Ton, als die bisher übliche sozialdemokratische Erklärung, die KPD-Mitglieder brauchten nur in die von ihnen „gespaltene" Sozialdemokratie wieder einzutreten, und die Einheitsfront wäre da. Und wenn Stampfer gar erklärt, solange bis alle Arbeiter sich unter Führung Thälmanns vereinigt hätten — und nach der oben zitierten Aeußerung seines Artikels kann man, ohne ihm Gewalt anzutun, den Gedanken unterstellen, daß er dasselbe mit bezug auf die Vereinigung aller Arbeiter unter Führung von Wels meint —,

so lange könne man nicht warten,

dann zeigt das, daß die Arbeit der SAP-Genossen im Verein mit jenem Spitzenangebot der KPD, getragen von dem Druck der sozialdemokratischen Proleten, auch die SPD-Führung zu Einsichten zwingt, denen sie bisher schlechthin unzugänglich war.

Aber auch hier sind eben leider nur Anfänge vorhanden, ganz abgesehen davon, daß der Remmele-Artikel wahrscheinlich der SPD-Bürokratie den erwünschten Vorwand geben wird, ebenfalls erleichtert aufatmend die ersten schüchternen Anfänge zu einer Politik, die noch immer zur Gesundung der Arbeiterbewegung führen könnte, schleunigst restlos zu begraben.

In der Antwort der Berliner Eisernen Front auf das Angebot der KPD heißt es:

„Als Voraussetzung hierfür nehmen wir an, daß die Angriffe der Kommunistischen Partei gegen unsere Organisationen und ihre Führer eingestellt werden."

Diese Bedingung bedeutet praktisch,

die eigentliche Aktion unmöglich machen.

Mit Recht sagt Stampfer, daß „die Gegensätze der grundsätzlichen Auffassung (zwischen SPD und KPD) viel zu groß sind", als daß eine „feste Phalanx" dieser beiden Parteien heute für die Dauer möglich sei. Diese grundsätzlichen Gegensätze müssen ausgekämpft werden. Je kritischer die Situation ist, um so gründlicher müssen sie ausgesprochen werden. Sie müssen ausgesprochen werden mit aller Schärfe auch in diesem Wahlkampf. Es ist durchaus richtig, wenn — umgekehrt in gleichem Sinne wie Stampfer das in seinem Artikel tut — die KPD erklärt, die deutschen Arbeiter könnten niemals den Severing und Grzesinski, Wels und Leipart Amnestie für ihre verhängnisvolle Politik erteilen. Und wir fügen hinzu: die deutschen Arbeiter können auch den Thälmann und Neumann niemals Amnestie erteilen für die grauenhafte Zerrüttung, in die sie mit ihrer Politik die Kräfte der Revolution getrieben haben.

Nicht das ist es aber, was hier zur Debatte steht. Die Frage ist gestellt, wie die Arbeiter heute, in dieser Stunde zu revolutionären Aktionen zusammengeführt werden können. Und das ist nur möglich über ihre Organisation, d. h. mit den Remmele und Neumann und mit den Wels und Leipart. Das ist nur möglich, wenn dabei jedem Teil die freie Kritik am anderen bleibt — sie muß nur sachlich und politisch sein, nicht aufgebaut auf blödes Geschimpfe. Und die Bedingung der Eisernen Front bleibt damit prakisch die Verhinderung der einheitlichen Akion.

Am Schluß seines Artikels fällt Stampfer schließlich wieder völlig in die alte Anmaßung der SPD zurück, indem er schreibt:

„Wenn wir Sozialdemokraten die Abwehr kommunistischer Angriffe auf das Notwendige beschränken und unsere ganze Kraft gegen das Hitler-Papen-System richten, so tun wir für die proletarische Einheitsfront alles, was wir tun können, und dieses Tun ist besser als bloßes Gerede. Wo mit dem Einsatz aller Kräfte der Kampf gegen den Faschismus geführt wird, wie wir ihn führen, dort wächst die proletarische Einheisfront!"

Das ist mit etwas anderen Worten dasselbe wie Remmeles Forderung nach der Führung der KPD. Es heißt in der Praxis: Einheitsfront, aber nur innerhalb der SPD, der Eisernen Front.

*

So sehen wir, daß überall die alten Begriffe unter dem Sturm der Tatsachen und des Massenwillens ins Wanken gekommen sind, daß aber in den alten Parteien noch nirgends der Weg der wirklichen Gesundung sich durchgesetzt hat. Um so größer ist die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei: All diese gesunden Keime aufzugreifen, an sie anzuknüpfen und durch das

Aufrollen praktischer Kampffragen an jedem einzelnen Orte

die Initiative zu ergreifen, um die Arbeiterorganisationen im praktischen Kampf zusammenzuführen.

Hessenwahlen unterstreichen Staatsstreichperspektive

Eine Uebersicht der verhältnismäßigen Stimmenabgabe bei den Wahlen, die in Hessen seit dem 14. September 1930 stattfanden (siehe unsere Tabelle), besagt:

Der Vormarsch des Faschismus setzt sich weiter fort. Nimmt man die Stimmen der Arbeiterparteien seit dem 14. September 1930 zusammen und stellt sie dem Nazilager gegenüber, so ergibt sich: hier blieb vor kurzem Abstieg, dort ununterbrochen wenn auch zuletzt verlangsamter Aufstieg: Die Nazis und Hugenberger zählten 20,6 — 29,3 — 34,9 — 38,3 — 45,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen, der Arbeiterblock (heute immer noch getrennt marschierend) 40,4 — 38,5, 35,8 Prozent!

Erst in der letzten Zeit scheint ein neuer Aufstieg des Einflusses der Arbeiterorganisationen zu beginnen, da zum zweiten Wahlgang in der Präsidentenwahl für Thälmann (KPD, KPO und SAP) nur noch 8,9 Proz., und für die SPD-Losung Hindenburg schon nicht einmal alle SPD-Wähler vom November, also kaum 20 Prozent aller Stimmen, vorlagen. Zusammen folgten damals nur noch kaum 30 Prozent der Wähler den Arbeiterparteien. Hier ist also ein neuer, wenn auch zunächst bescheidener erster Aufschwung. Die Nazis dürften seit der zweiten Hindenburgwahl nicht mehr rascher im Vormarsch sein, wie die Arbeiterfront.

Der Wiederanstieg der Arbeiterfront kommt vorerst dem Reformismus zugute; die hemmungslose parlamentarische Opposition der SPD gegen die Papendiktatur verwischt die Tatsache, daß die SPD auch jetzt nur bürgerliche, demokratische Politik betreibt. Mit dem Zentrum zusammen bildet die SPD die bürgerliche Opposition gegen die Papenfront. Während dabei auch das Zentrum sich behauptet, sogar etwas Terrain gewonnen hat, ist der Block aller bürgerlichen Rechtsparteien fast vollkommen aufgerieben, auch eine nationale „Einheitsliste" — also eine Art Papenliste — hat nur noch eine Splitterposition gerettet. Die Papenfront — weiter im Rückmarsch —, zählt kaum noch ungefähr 5 Prozent aller Wähler!! Sie reicht nicht aus, um mit den Nazis eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen. Die Papenregierung hat zur Basis das außerparlamentarische Bündnis des Staatsapparats mit der Nazipartei und den bürgerlichen Splittern. Da der hessische Staatsapparat teilweise oppositionell ist, wird in Hessen vermutlich die Zentralgewalt in Gestalt **eines Reichkommissars** regieren. Das ist auch die Losung der Nazis nach der Wahl.

Für die **Perspektive der Reichstagswahlen** und der Politik nach ihnen **bedeutet das hessische Ergebnis**, — obwohl sich die hessischen Verhältnisse nicht einfach auf die kommenden Wahlen übertragen lassen, daß auch der Juli-Reichstag nicht einmal zur Bildung einer Kulisse für eine parlamentarische Scheinregierung taugen wird.

Immer näher rückt daher, trotz des verlangsamten Vormarsches der Hitlerpartei die Perspektive des offenen Staatsstreiches!

Für seine Abwehr gilt es gerüstet zu sein, den Reichstagswahlkampf zur **außerparlamentarischen Sammlung des Arbeiterblockes**, für den Sturz der Papenregierung und die Errichtung einer Arbeiterregierung auszunutzen.

Prozentuales Ergebnis der Wahlen in Hessen seit 14. September 1930

	Landtag 19. VI. 32	Präsidentenwahlen 10. IV. 32	Präsidentenwahlen 13. III. 32.	Landtag 15. XI. 31.	Reichstag 14. IX. 30.
1. SPD.	23.2			21.2	28.9
2. KPD.	11	8.9	12.3	13.6	11.6
3. SAP.	1.6	SAP. u. KPO.		2.9	
(1 bis 3 zusammen):	(35.8)			(38.5)	(40.4)
4. Demokraten	0.6			0.6	
5. Zentrum	14.6	Hindenburg		14.3	14.2
6. Nationale Einheitsliste	3.5	52.8	52.8	9.5	24.5
7. NSDAP.	44.3	38.3	33	28	19
8. Deutschnationale	1.5		1.9	1.3	1.6
(7 bis 8 zusammen):	(45.8)			(29.3)	(20.6)

Das Reich gegen süddeutsche Staaten

Der Konflikt des Reiches mit den süddeutschen Zentrumsregierungen scheint sich — wie die Nationalsozialisten in ihren Blättern es gefordert haben — weiter zuzuspitzen. Die „Berliner Börsenzeitung", die mit der Regierung in der Beziehung gegenseitiger Ausführung der gegenseitig gegebenen „Anregungen" steht, erklärt klipp und klar, daß die Länder finanziell „Kostgänger des Reiches" seien, und daß das Reich die ihm so gegebene Macht anwenden werde, wenn man in Süddeutschland weiter Sabotage treibe. Zu den in der Presse schon gemachten Andeutungen, Bayern könne die Truppen der Reichswehr auf bayerischem Boden auf die bayerische Regierung vereidigen, erklärt das Regierungsblatt:

„Wir halten es jedenfalls für sicher, daß in diesem Falle die Reichsregierung ohne weiteres den Ausnahmezustand über das Land Bayern verhängen, den Kommandeur der 7. Division mit der vollziehenden Gewalt beauftragen und die gesamte bayerische Polizei kraft Reichsrecht den Befehlen der Militärbehörden unterstellen würde."

Die „Berliner Börsenzeitung" schließt ihren Artikel: „Wir hoffen infolgedessen, daß der Reichsinnenminister die Konferenz vom nächsten Mittwoch nicht etwa dazu benutzt, um mit der süddeutschen Zentrumsopposition lange zu verhandeln oder gar mit ihr zu paktieren, sondern daß er den bayerisch-badischen Zentrumskapitänen nur noch einmal kurz und bündig die Gründe auseinandersetzen wird, weshalb es in ihrem eigenen Interesse liegt, auf jeden weiteren Widerstand zu verzichten und sich gutwillig den Anordnungen der Reichsgewalt zu fügen."

Eine Unterstützung findet Papen in diesem Kampf auch bei den Vereinigten Vaterländischen Verbänden, die „sofortiges Durchgreifen gegen die Reichszerstörer" fordern.

Hitler verbietet Angriffe auf Papen

Der „Vorwärts" veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben des Reichspropagandaleiters der NSDAP., Goebbels, in dem bestimmt wird, daß jede Diskussion über das Kabinett von Papen seitens aller nationalsozialistischen Parteistellen im Wahlkampf zu unterbleiben hat. Dieses Verbot wird mit der Erwägung begründet, daß die NSDAP. Abrechnung mit den Verantwortlichen für die 13 Jahre hinter uns, keineswegs aber über die notwendigen Uebergangswochen des Kabinetts von Papen fordere.

Die Tolerierung des Kabinetts der Barone und ihrer die Massen an den Rand der Verzweiflung treibenden Notverordnungen ist damit also von Hitler und Goebbels befohlen. Was sagen die SA-Proleten dazu?

Beilage zur SAZ

Nr. 139. Jahrg. 1932
Dienstag, 21. Juni 1932

Bei den englischen Textilarbeitern

Eindrücke eines Besuches von A. Fenner Brockway

In diesen Tagen muß die Entscheidung fallen, ob die Verhandlungen im Textilbezirk fortgesetzt werden oder nicht. Die Unternehmer bestehen darauf, daß eine Lohnsenkung die Grundlage weiterer Verhandlungen bildet.

Ich war zum letzten Wochenende in Lancashire; es war nicht leicht, die Situation zu überblicken. Ich war in Farnworth, Great Harwood, Nelson, Burnley, Rawtenstall und Blackpool. Ich sprach drei Gewerkschaftsführer aus verschiedenen Sektionen. Ich sprach in den einzelnen Orten mit Gewerkschaftlern und mit Arbeitern. Ich sprach auch mit Webern, die, entgegen den Beschlüssen der Gewerkschaften, unter Tarif arbeiten. Ich sprach mit Webern, die mit ihrer Arbeitslosenunterstützung halb verhungern. Ich glaube, ich verstand sie alle.

Ausgestorbene Dörfer

Zuerst will ich über meinen allgemeinen Eindruck berichten. Ich fuhr über die Landstraßen des ganzen Textilbezirks. Von dem Deck des Autobus herab konnte ich viel sehen. Ich war erstaunt über die unzähligen Fabriken, die still liegen. Es gibt hier Dörfer, in denen die Fabriken seit Generationen die Existenzbasis für die Bevölkerung bildeten. Sie liegen still. Es gibt hier Städte mit ganz neuen Fabriken. Ihre roten Ziegel leuchten in der Sonne. Sie liegen still. In Blackburn hörte ich, daß hier 60 Fabriken ganz stillgelegt sind, die anderen arbeiten kurz. In Great Harwood sind seit 1930 nur acht von 25 Fabriken in Betrieb.

„Lancashire stirbt aus", sagte Tom Abbott, der Bezirkssekretär der I. L. P., selbst Textilarbeiter. „Sieh Dir diese Dörfer an. Vater, Mutter, Sohn, Tochter arbeiteten seit Generationen in der Fabrik. Sie ist stillgelegt, damit ist die Lebensquelle für sie versiegt. Sieh Dir diese Städte an. Männer und Frauen werden nie wieder in die Fabrik gehen — solange der Kapitalismus existiert. Jungen und Mädels von 18, 19 Jahren haben noch keinen Tag ihres Lebens gearbeitet, und sie werden keinen einzigen Tag Arbeit tun — solange der Kapitalismus existiert".

Das ist der Hintergrund des Bildes.

Aber man muß in die Atmosphäre des Bildes eindringen. Sie ist geschaffen durch die Arbeitslosigkeit. In Great Harwood gibt es kein Haus, in dem nicht die Arbeitslosigkeit herrscht. Seit zwei Jahren sind sie arbeitslos und ausgesteuert. Keine Aussicht, daß sie je wieder Arbeit bekommen. Niemand kann ganz begreifen, was das bedeutet, der nicht selbst in dieser Lage ist.

Das Haushaltsbudget

Ich will versuchen, es so zu schildern, wie ich es sah. Da ist ein Haus, in dem Mann und Frau zusammen 3 Pfund, 10 Schilling in der Woche verdient haben. Vor zwei Jahren haben sie die Arbeit verloren. Sie haben fünf Kinder. Die älteste ist fort als Hausangestellte. Aber ihr Verdienst ist so gering, daß sie nichts nach Hause schicken kann. Die Wohlfahrtsunterstützung muß für sechs Menschen ausreichen. Sie bekommen 31 Schilling für Mann und Frau und 8 Schilling für vier Kinder. Sie legten mir ihr Budget vor. Sonntags essen sie Fleisch. Etwas bleibt davon für Montag. Für den Rest der Woche haben sie Brot, Margarine und Marmelade. Seit einem Monat ist auch die Fleischration gestrichen. Glücklicherweise bekommen die Kinder von Montag bis Freitag täglich eine Mahlzeit in der Schule. Ein Kamerad bot dem Mann eine Zigarette an. Eifrig griff er danach. Dann zögerte er. „Seit fünf Monaten habe ich keine Zigarette mehr geraucht", sagte er, „ich habe Angst davor". Die Frau hat keinen Pfennig, um Kleider für die Kinder zu kaufen. Sie macht sie aus Flicken, die ihr geschenkt werden. Sie flickt immer wieder von neuem. Und macht „neue" Kleider für die Großen aus den alten der Kleinen.

So geht es seit zwei Jahren. Kein Ende ist abzusehen. Ist es da ein Wunder, daß die Textilarbeiter lieber unter Tarif Arbeit annehmen als körperlich und geistig zugrunde zu gehen?

„Der Hunger treibt die Leute vor die Tore der Fabrik", sagte der Gewerkschaftssekretär zu mir. „Ich habe nicht das Herz, sie deshalb zu schelten."

Ein Hundeleben

Ich sprach mit einem der Weber, die unter Tarif arbeiten. Er war genau so ausgehungert, wie die Wohlfahrtsempfänger. Ich fragte ihn nach der Stimmung im Betrieb. „Man wird ein bißchen ruhiger, wenn man arbeitet", sagte er. „Man tut wenigstens etwas. Hat etwas, was die Gedanken in Anspruch nimmt. Aber dann denkt man doch daran, daß man die Gewerkschaft im Stich gelassen hat und die Kameraden. Das nimmt einem dann die Ruhe wieder. Um die Wahrheit zu sagen, es lohnt sich nicht. Wir bekamen 31 Schilling Unterstützung für uns fünf. Jetzt verdiene ich mit meiner Frau zusammen 50 Schilling. Aber dafür bekommen die Kinder jetzt in der Schule nichts mehr zu essen und außerdem hat man mehr Hunger, wenn man arbeitet. Es ist schon ein Hundeleben, und wenn ich wüßte, wie es loswerden, ich täte es."

Noch etwas anderes gehört in das Bild hinein. Viele von den Textilarbeitern sind schon halb und halb davon überzeugt, daß die Löhne gesenkt werden müssen, damit die Industrie konkurrenzfähig wird. Tausende von ihnen stimmten bei den letzten Wahlen „national", in der Ueberzeugung, daß niedrigere Löhne für das Land notwendig seien wegen der ausländischen Konkurrenz. In den Versammlungen hörten sie sehr aufmerksam meinem Bericht über einen Besuch zu, den ich kürzlich in einer holländischen Textilstadt gemacht habe. Ich erzählte ihnen, daß die holländischen Unternehmer mir gesagt haben, sie müßten die Löhne senken wegen der hohen Löhne in England.

Das ist wirtschaftlich und psychologisch die Situation, in der jetzt die Abstimmung stattfinden wird. Was können die Textilarbeiter tun?

Der Kampf beginnt

Ich bin nicht aus Prinzip für den Abbruch der Verhandlungen. Entweder wird der Angriff auf die Löhne in einer Fabrik nach der andern einsetzen, werden die Gewerkschaften demoralisiert, zurückgeworfen und allmählich vernichtet. Und selbst wenn Verhandlungen geführt werden, werden sie zu unerträglichen Lohnkürzungen führen, wenn die Arbeiter sich kampflos ergeben. Oder ein Kampf, der mit Mut und Entschlossenheit aufgenommen wird, wird eine neue einheitliche Gewerkschaftsfront unter den Arbeitern zustande bringen. Nach den Unterhaltungen, die ich mit Arbeitern führte, die unter Tarif arbeiten, bin ich überzeugt, daß die meisten von ihnen dem Kampfruf der Gewerkschaften folgen würden, und daß der allgemeine Kampfgeist so stark werden würde, daß auch die anderen nicht in Arbeit bleiben könnten. Wenn widerstandslos Lohnkürzungen angenommen werden, glaubt man die Unternehmer, daß den Arbeitern das Rückgrat gebrochen ist, und daß sie mit ihnen machen können, was sie wollen.

Es handelt sich nicht um Lohnsenkungen allein. Auf hundertfache Weise werden die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. „Unsere Löhne sollen um 12½ % gekürzt werden", sagte ein Arbeiter zu mir. „Aber praktisch werden es 30 % sein. Die Unternehmer werden uns viel härtere Strafen auferlegen, wenn Fehler vorkommen, an denen das schlechte Material und die alten Maschinen schuld sind, die ungeeignet sind für die neue Arbeitsweise. Wir haben ein Sklavenleben in der Fabrik".

Wenn die Textilarbeiter den Kampf aufnehmen, muß die gesamte Arbeiterbewegung hinter ihnen stehen. Die Textilarbeiter sind heute in der gleichen Lage wie die Bergarbeiter 1926. Früher oder später muß in allen Teilen der Wirtschaft der geeinte Kampf der Klasse einsetzen gegen die unerträglichen Lebensbedingungen, die heute herrschen. Wenn der Kampf beginnt, ist er mehr als der Lohn, um den gekämpft wird.

Wir müssen den Mut der Arbeiter wachhalten. Die Stunde des Gerichts für den Kapitalismus ist angebrochen. Es gibt keine Hoffnung für die Textilindustrie, es gibt keine Hoffnung für irgendeinen anderen Industriezweig, solange der Kapitalismus lebt. Wir müssen die höchste Widerstandskraft der Textilarbeiter gegen die Grausamkeit des Systems wecken. Wir müssen ihnen zeigen, daß die Stunde für den Entscheidungskampf mit dem Kapitalismus selbst gekommen ist.

Schwerer Abschied

Ich hatte eine hübsche kleine Kakteensammlung. Ich habe sie nicht mehr, denn ich habe sie in diesen Tagen verschenkt.

Wen die große Welle, „arbeitslos" genannt, einmal gepackt hat, der tut gut, sich allen Ballasts möglichst schnell zu entledigen. Vielleicht schwimmt er dann noch eine Weile oben. Vielleicht findet er doch noch eine rettende Planke — — vielleicht —?

Wie dem auch sei, was da auch werden mag — Ballast ist jetzt die sogenannte gutbürgerliche Wohnung, die man doch nicht mehr bezahlen kann. Ballast sind die Bücher und Bilder an den Wänden. Die Blumen an den Fenstern. Ballast mit einem Wort das ganze in vier Wände gefügte Dasein mitsamt seinen Gas- und Telephonrechnungen. Der Sommer steht vor der Tür. Man wird das große Abenteuer „Leben" einmal ohne festgefügte Tagesordnung versuchen müssen. Man ist ja kein Einzelfall. Das Schicksal — eine herrliche Weltordnung oder vielmehr Unordnung — hat heute Tausende auf die Straße gesetzt. Eine endlose unabsehbare Straße.

Auch meine Wanderung muß nun beginnen. Der Anfang ist gemacht. Meine kleinen, grünen, stachligen Freunde, die Kakteen, sind fort. Ich habe sie in diesen Tagen verschenkt. Dreizehn kleine bunte Töpfe waren's. Ich bin zum Glück nicht abergläubisch. Die Kakteen offenbar auch nicht. Der Unglückszahl 13 zum Trotz sind sie ein paar Jahre lang munter und vergnügt gewachsen. Es geht ja nicht gar so schnell bei ihnen. Besonders in den langen dunklen Wintertagen schieben sie gern so eine Art Murmeltierschlaf ein. Sie rühren sich eine gute Weile nicht. Aber im Frühling bei den ersten warmen Sonnenstrahlen fangen sie an, eifrig und lebendig zu werden. Sie mühen sich, was sie im Winter versäumt haben, schnell nachzuholen. So schnell es eben ihrem auf Geduld und Ruhe gestellten Temperament möglich ist.

Es war hübsch, ihnen zuzuschauen, den kleinen stachligen Freunden! Und nun hab' ich sie alle weggegeben. Das war weniger hübsch. Das war sogar ein bißchen traurig. Wie es immer traurig ist, Abschied zu nehmen von befreundeten lebendigen Wesen.

Aber dieser Abschied mußte sein. Er war nur der Beginn einer nun folgenden allgemeinen Auflösung. Bücher, Bilder, Möbel — alles wird gleich hinterher folgen. Auch unter Büchern und Bildern mancher gute Freund, von dem der Abschied etwas schmerzt.

Ich habe sie in „gute Hände" gegeben, zu Freunden, die noch so etwas wie ein Heim haben in dieser Zeit der Not. Der größte Teil von ihnen steht nun in einem einsamen Siedlungshaus in der Heide. Ein 14jähriger Junge ist ihr freundlicher Beschützer. Eifriger, kleiner Heidegärtner, du wirst sie gut halten und lieb haben, ich weiß!

Und im Sommer, wenn meine Straße mich vorbeiführen wird an eurem Blockhaus, dann wirst du sie mir voll Stolz zeigen zwischen den anderen Lieblingen deines Gewächshauses und wir werden ein gutes Wiedersehen feiern. Und dann werd' ich weiterziehen — ein bißchen heimatlos, ein bißchen traurig, meine endlose Straße — irgendwohin. C. K.-L.

Da werden Weiber zu Hyänen

Und die Kronprinzessin mitten mang

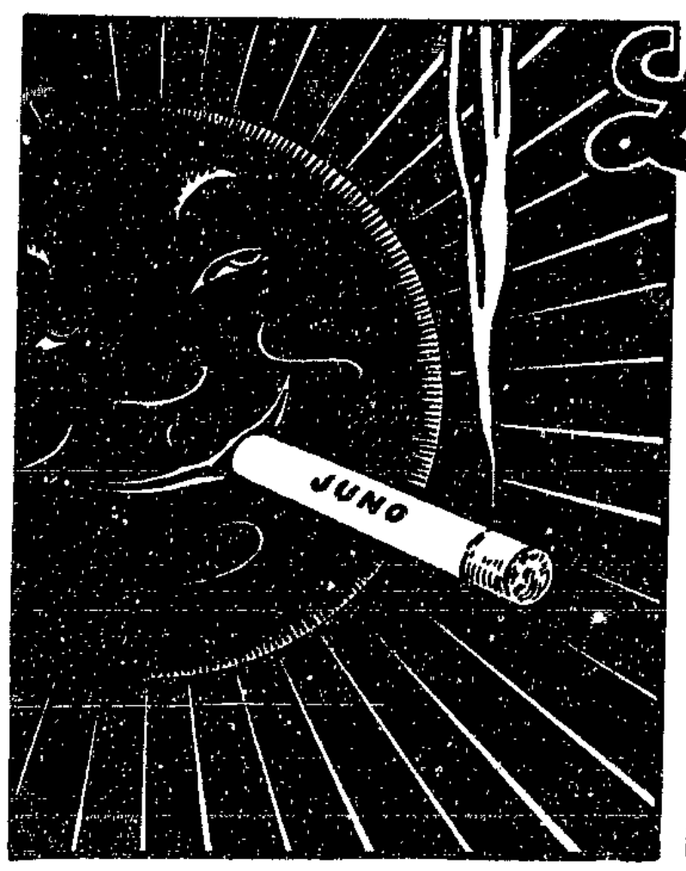
Görlitz, 19. Juni 1932.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Görlitz der 4. Schlesische Landesverbandstag des Bundes Königin Luise statt, zu dem etwa 4000 „Bundeskameradinnen" aus Nieder- und Oberschlesien erschienen waren. Der Tagung wohnte u. a. die frühere Kronprinzessin Cäcilie bei. Die Festansprache hielt die Bundesführerin Freifrau von Hadeln. Sie ging von dem Kaiserwort aus: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!" Es gelte, einen großen nationalen Block zu schaffen. Deutschland könne nur noch gerettet werden durch ein einziges Mittel, das sei die Tat der vereinigten großen Rechten.

Es darf nur noch Deutsche geben. Dann werden wir den Wehrwillen wieder erhalten

und dann würde es keiner der früheren Feinde wagen, uns schlecht zu behandeln, wie bisher auf den großen Konferenzen.

Wer sich schützt zur rechten Zeit,
bleibt bewahrt vor Angst und Leid.
Nimm Frommsche gegen Infektion!



Lebensfreude birgt jede Juno!

Das kann diese beliebte Josetti-Cigarette dem Raucher mit Sicherheit versprechen, und darum schätzt er sie auch von alters her.

In den Packungen der guten

JUNO

sucht niemand Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien,

sondern nur

Cigaretten von bester Qualität und vollem Format.

Streiflichter

Die Eiserne Front macht in Stettin „Mitglieder-Kundgebungen". Diskussion ist unerwünscht, und selbst hören dürfen Andersdenkende nicht, was Genosse Schuhmann sagt — daß „die SPD sich bisher in jeder Situation behauptet" habe. Selbst die Genossen, die das Mitgliedsbuch der Gewerkschaften in der Tasche haben, die doch sozusagen zwangsweise zur „Eisernen" gehören, ließ man nicht sämtlich hinein. Einen Jugendgenossen der SJV, der schon in der Versammlung drin war, mußte man auf die Denunziation des SAJ-Bezirksleiters hinauswerfen. Wie forderte doch Genosse Schuhmann: „Wer die Einheitsfront will, der soll sich der Eisernen Front anschließen". Gibt es größere Demagogie.

Dann schämt sich anscheinend der „Volksbote". Jedenfalls schwindelt er ganz blödsinnig. Er verwechselt die Delegation einer kommunistischen Versammlung mit SAP-Genossen und behauptet, die hätten Unterschriften gesammelt für eine Resolution, die an den ADGB geschickt werden sollte. Alles wild erlogener Schwindel.

Ob der „Volksbote" bald etwas merkt? Nach dieser Kundgebung für Mitglieder werfen ihm nachts Nazis die Fensterscheiben ein. Die Polizei, sozialdemokratische Macht in Stettin, vertreibt die empörten Arbeiter von ihrem Gebäude. Aber in der Arbeiterschaft wächst die Kampfstimmung.

Nachmittags: Nazis in voller Uniform, teilweise mit Reitpeitschen; das Reichsbanner probt seinen neuen Gruß; es kommt zu Rempeleien. Da sehen die Nazis einen SJV-Genossen. Das ist ein Prolet, der wohl wenig hinter sich hat, ein Nazi springt ihm entgegen und schlägt ihn ins Gesicht. Unser Genosse wirft seine Mappe fort und prügelt den Nazi durch, daß der sich noch auf der Polizei beschwert, wohin man beide mitnahm. Aber die Einheitsfront entstand. Sofort war ein Menschenknäuel von etwa 600 da. Reichsbannerleute, Kommunisten und SAP-Genossen waren in der Minderheit, aber verstanden zu prügeln. Zwei Ueberfallkommandos, und die Nazis sind gerettet. Aber immer mehr Arbeiter strömen in die Hauptverkehrsstraßen vor die Nazikneipen.

Abends provozieren die von der Polizei geschützten Nazis die Arbeiter. Die schlimmsten Provokateure können ab und zu von ihren Mordkollegen getrennt und proletarisch belehrt werden. Die Einheitsfront ist da, KPD-Leiter und SAP-Führer sind anwesend. Da kommt der SPD-Sekretär mit dem SAJ-Bezirksleiter, sie warten auf die Straßenbahn, denn da muß man schnell weg. Einige Jugendgenossen grüßen die alten Bekannten mit „Kampfbereit!". Was sagt selbst angesichts dieser Situation der SPD-Sekretär Groß-Stettins, als Antwort? „Kommt garnicht in Frage!". So ehrlich ist er heute. Doch für die anwesenden nichtbezahlten SPD- und Reichsbannergenossen, da kommts in Frage.

Und was liest man im Stettiner „Generalanzeiger?" Eine neue Kirche kommt nach Stettin „ohne besonderen Formenaufwand", „sie sucht das geistige Prinzip des Protestantismus baulich zu erfassen", „der Turm ist 26 Meter hoch". Also schließlich siegt doch der liebe Gott — und die Proleten hungern weiter — und werden weiter provoziert.

Weser-Ems

Trotz allem Einheitsfront! In Hastedt fand im Lokal Fleischmann die erste gemeinsame Versammlung von SJV und KJV statt. Die beiden Organisationen dieses Stadtteils haben schon vor einiger Zeit ein Jugendkampfkomitee gegen Faschismus und Kulturreaktion gegründet. Vom KJV sprach H. Gohde, vom SJV K. Grobe. Zuerst schien es, als sollten wir von dem kommunistischen Redner etwas Vernünftiges hören, aber der Verlauf der Versammlung zeigte dann mit aller Klarheit, wie recht der SJV hat, wenn er behauptet, daß die drei Jahre falscher Politik so tiefe Spuren hinterlassen haben, daß auch eine neue Wendung der KPD diese Schlacken nicht sofort beseitigen kann. Wir wollen nur einige Redewendungen aus den Ausführungen bringen: „... Einheitsfront auch mit irregeführten Nazis ... Sozialfaschisten ... SJV erkennen wir nicht an ... Eine Organisation, die eine wüste Hetze gegen die Komintern macht ... für eine Völkerbundsarmee eintritt ... Mit SPD kommt Einheitsfront aus dem Grunde nicht in Frage, weil das Blut der proletarischen Opfer an ihren Röcken klebt ... Schluß mit Spaltern ... Mit SJV gibt es keine Verständigung." Diese Kostproben genügen wohl, um zu zeigen, wie verblendet der KJV-Bezirksleiter der heutigen Situation gegenübersteht. Die Ausführungen unseres Genossen waren sachlich und vor allen Dingen in der Einschätzung der politischen Situation und der Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, klar und eindeutig. Sein Appell zur Schaffung der Einheitsfront wurde beifällig aufgenommen. In der anschließenden Diskussion kam die Verwirrung in den Köpfen der KJV- und KPD-Genossen noch mehr zum Ausdruck. Selbst die Genossen des Einheitskomitees, die doch aus der Praxis wissen sollten, wie das Einheitskomitee zustande kam, vertraten den Standpunkt, daß von Organisation zu Organisation nicht verhandelt werden solle. Er vertrat den Standpunkt, daß nur die KPD die Klassenvertreterin sei. Vom SJV kam dann der Genosse W. Frölich zu Worte, der den KJV-Genossen die Auffassung Lenins über die Gewerkschaften und die Einheitsfront zitierte. Der ZK-Instrukteur und Reiniger des Bezirks, Lüsser, versuchte genau so wie sein Parteigenosse Runkel, die Versammlung durch dicke Lügen und Verleumdungen zu verwirren. Der Erfolg dieser Rede war eisige Ablehnung der Versammlung. Außerdem sprachen noch vom KJV die Genossen Henschel und Künitz, von der SAP und dem SJV die Genossen H. Müller, O. Börschmann und A. Baier. Genosse Gohde versuchte dann im Schlußwort nochmals nachzuweisen, daß nur die KPD die Führung im Kampf haben und beanspruchen dürfe. Sein Schlußwort stand sichtlich unter dem Eindruck der Diskussion des SJV. Genosse Grobe hatte dann nur noch die Aufgabe, noch einmal für eine richtige Einheitsfrontpolitik zu sprechen und die Annahme der abgeänderten KJV-Resolution zu empfehlen. Es lagen zwei politische Resolutionen vor, eine des KJV und eine des SJV. Genosse Baier vom SJV machte den Vorschlag, um eine Kampfabstimmung zu verhüten, daß beide Resolutionen vom Kampfkomitee verschmolzen werden sollen. In diesem Sinne ist dann auch beschlossen worden. Nach den Ausführungen des Genossen Baier zeigte sich, daß auch die Genossen des KJV das Richtige unserer Politik einsehen und sogar Anträge einbrachten, die sich vollkommen mit unseren decken. So in der Frage der Straßenstaffel und der Abänderung der Resolution des KJV. Dem Komitee wurden dann noch Genossen von Rot Sport, RGO-Jugend, SJV, Sportlern und Gewerkschaft angegliedert. Die Versammlung war uns ein Beweis, daß auch im KJV die Mitgliedschaft einsieht, daß der SJV eine revolutionäre Organisation ist. — Eben wird gemeldet, daß auch in Bremen-Gröpelingen die Einheitsfront errichtet wurde. Entscheidend bei dieser Aktion ist, daß der Redakteur Genosse Schaible eine radikale Wendung zu einer vernünftigen Einheitsfrontpolitik gemacht hat; damit ist wieder einmal bewiesen, wie engstirnig und wie verblendet die hiesige KJV-Leitung noch ist. Die BL des KJV muß unbedingt noch umlernen und Tempoverlust nachholen. Der SJV will gern die nötigen Lehrkräfte dazu zur Verfügung stellen!

An alle DMV-Mitglieder Düsseldorfs!

Kolleginnen und Kollegen!

Eure Erwartungen, daß die Gewerkschaftsinstanzen, besonders die Führer unseres Verbandes, nach dem letzten bitteren Ergebnis ihrer bisher geführten sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik eine entschiedene Kursänderung durchführen würden, haben sich nicht erfüllt. Lange genug, von Etappe zu Etappe, wurden im Verfolg dieser Politik unsere Interessen, die Interessen der gesamten Arbeiterschaft, dem Wachstum dieser „demokratischen" Unternehmer-Republik geopfert. Deshalb konnte die „demokratisch-republikanische" Schlichtungsmaschine fast ungehemmt uns den Lohn bis auf ein fast unerträgliches Maß wegschlichtern. Deshalb konnte die „demokratisch-republikanische" Regierung mit der Notverordnungspolitik auf sozialpolitischem Gebiet die Renten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Invaliden und Angestellten, die Unterstützung der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger auf ein unerträgliches Maß herabdrücken. Deshalb konnte sie auf kulturpolitischem wie auf politischem Gebiet die Bewegung und Betätigungsfreiheit der Arbeiterorganisationen beharrlich beschneiden. Es wurde im Verfolg dieser sozialdemokratischen Politik die Kampfkraft der Arbeiterschaft gelähmt. Gefüttert mit den von uns gebrachten Opfern, ist der Appetit der dunkelsten Reaktion auf allen Gebieten gewachsen, ist gewachsen die Macht der Reaktion, der Faschismus. Die Kräfte sind so stark geworden, daß sie jetzt zum rücksichtslosen Frontangriff übergehen und unter Führung des „Schutzengels der Weimarer Verfassung", des Reichspräsidenten von Hindenburg, auch die allerletzten Errungenschaften, die wir uns schon im monarchistischen Deutschland erkämpft haben, rauben, das Koalitionsrecht, die Existenz der organisierten Arbeiterbewegung — den Marxismus, wie Osaf Hitler und seine Trabanten sagen — ausrotten.

Hier droht höchste Gefahr.

Nicht nur wir freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, ebenso die christlichen, ja die gesamten werktätigen Schichten überhaupt sind in ihrer Existenz aufs höchste bedroht. Hier hilft kein Paktieren, kein Tolerieren mit dem Klassenfeind. Hier helfen keine parlamentarischen Mittel.

Hier hilft nur die Steigerung des proletarischen Klassenbewußtseins, Steigerung des Kampfwillens, der Kampffähigkeit der Werktätigen durch die Aufnahme des Kampfes auf allen Gebieten für die Forderungen der Arbeiterklasse. Von der Defensive muß die Arbeiterklasse zur Offensive übergehen und alle Kräfte in breiter Kampffront vereinigen. Je mehr und je schneller die Millionenmassen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in die Kampffront rücken, desto eher werden alle Pläne der Reaktion des blutigen Faschismus zuschanden, und schneller wird der Weg freigegeben zum Sozialismus.

Deshalb, Kollegen und Kolleginnen des DMV, gilt es, den alten reformistischen Kurs auch bei uns zu beseitigen, kühn und entschlossen in letzter Stunde das Steuer herumzuwerfen.

Unser Verband muß wieder zum Bollwerk des proletarischen Klassenkampfes werden.

Unserem im August in Dortmund tagenden Verbandstag kommt deshalb außerordentliche Bedeutung zu. Alle oppositionellen Kollegen und Vertreter im DMV Düsseldorf haben sich für gemeinsame Forderungen zu einer einheitlichen Kampffront zusammengeschlossen. Unsere erste wichtigste Forderung der gemeinsamen oppositionellen Arbeit, die Erzwingung der Urwahl zum Verbandstag, ist durch das Zusammenwirken auch sozialdemokratischer Vertreter mit der Opposition auf der Vertreterversammlung erfüllt, die Urwahl findet statt. Als Grundlage der weiteren Arbeit der Opposition beschlossen die oppositionellen DMV-Vertreter folgende Punkte, für deren Durchführung die aufgestellten Kandidaten der Opposition zum Verbandstag sich ausdrücklich verpflichten:

1. **Für die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes aller DMV-Mitglieder nach den Grundsätzen der proletarischen Demokratie.**
2. **Für die volle Gleichberechtigung der erwerbslosen Mitglieder mit den betriebstätigen Verbandskollegen.**
3. **Für die Wiederaufnahme aller wegen revolutionärer Tätigkeit aus dem Verband Ausgeschlossenen.**
4. **Für die Herabsetzung der Mitgliedsbeiträge auf einen Stundenlohn.**
5. **Für die Vertretung und Unterstützung aller oppositionellen Anträge, die an den DMV-Verbandstag eingereicht sind.**
6. **Eintreten für die Herstellung der Einheitsfront in jedem Betrieb und an jeder Stempelstelle zum gemeinsamen Kampf der Kollegen aller Gewerkschaftsrichtungen und der Unorganisierten gegen jeden Pfennig Abbau, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, für die gemeinsame Abwehr jedes faschistischen Angriffs und die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte zur Antifaschistischen Aktion.**

Die oppositionellen DMV-Vertreter rufen die gesamte DMV-Mitgliedschaft auf, die erzwungene Urwahl in allen Betrieben und Bezirken gründlichst vorzubereiten und für die Erfüllung der oppositionellen Forderungen einzutreten. Nutzt die jetzt erstmalig wieder erkämpften Mitgliederrechte bei der Urwahl voll aus!

Durch das Vertretersystem ist das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft bedeutend eingeschränkt. Hinzu kommt, daß die erwerbslosen Mitglieder 50 Prozent der Mitgliedschaft ausmachen, die zahlenmäßig nicht ihre Vertretung haben. Berücksichtigt man dann noch, daß die Verwaltung laut Ortsstatut das Recht hat, in gewissen Fällen Vertreter zu ernennen, und wie sie dieses Recht handhabt, ergibt sich die Tatsache, daß die Vertreterversammlung den wirklichen Willen und die Meinung der Mitgliedschaft nicht widerspiegelt.

Durch das demokratische Wahlreglement kann eine Drittelmehrheit der Vertreter die Urwahl erzwingen, aber zur Neuwahl stehen nur die Kandidaten der Mehrheit. Gegen diesen Hohn auf die Verbandsdemokratie protestiert die Opposition aufs schärfste und appelliert an alle Kollegen und Kolleginnen, mitzuhelfen, daß diese Zustände beseitigt werden.

Wir fordern alle Mitglieder auf, zur Urwahl am 26. Juni die gesamte DMV-Mitgliedschaft mobil zu machen; alle müssen zur Wahl gehen. Die Stimmzettel, die nur die Kandidaten der Reformisten enthalten werden, durchstrichen und die Kandidaten der Opposition darauf geschrieben.

Die Kandidaten der Opposition sind die Kollegen:

Leo Niek, Gerresheim
Johann Wirkus, Vereinigte Stahlwerke
Reinh. Springer, Gebr. Schöndorf.

Bei dieser Wahl wollen wir beweisen, daß die große Mehrheit der Kollegen hinter der Opposition steht, daß sie gewillt ist, für die Durchführung der von der Opposition aufgestellten Forderungen zu kämpfen.

Wir werden so den Beweis erbringen, daß die von seiten der Ortsverwaltung der Amsterdamer Richtung beherrschte Vertreterversammlung nicht dem wirklichen Willen der breiten Mitgliedschaft entspricht. In allen Betrieben, Abteilungen und Bezirken werden sofort Versammlungen durchgeführt zur Durchführung der vor uns stehenden Aufgaben.

Die oppositionellen Vertreter im DMV

KPD SAP KPDO.

Dortmund-Oespel

Das nennt sich marxistische Einheitsfrontler! Da schreien die Kommunisten tagtäglich in Wort und Schrift: „Arbeiter aller Richtungen, schließt euch zusammen zu einer sozialistischen Abwehrfront gegen Faschismus und Kapitalismus!" Nur die Oespeler Kommunisten hatten scheinbar nicht den revolutionären Elan oder die Fähigkeit, die übrigen am Orte vorhandenen sozialistischen Organisationen zur Schaffung dieses Abwehrblocks aufzurufen; dies blieb der Initiative der SAP überlassen, mit dem Erfolg, daß in den letzten vierzehn Tagen drei Aussprachen stattfanden. Die letzte, in der allseitige Verständigung darüber zustandekam, den Genossen Sorhagen von der SAP mit der schnellsten Einberufung einer öffentlichen Volksversammlung im Namen der drei Ortsgruppen der SPD, KPD, und SAP einzuberufen, in der dann nur örtliche Genossen der drei Parteien im Sinne der getroffenen Verständigung sprechen sollten mit dem Ziel, die Oespeler Arbeiterschaft aufzufordern, sich sofort in die Liste des zu bildendenden sozialistischen Abwehrblocks einzuzeichnen. Die Zusammenfassung sollte straßenweise erfolgen. Zu einer bereits von den Kommunisten für den 17. Juni einberufenen Versammlung mit dem Thema: „Wie schaffen die armen Proleten die Einheitsfront gegen die Reichen?" wurde ihnen von den Genossen der SPD und SAP mit auf den Weg gegeben, dafür Sorge zu tragen, daß der Referent sich dem Rahmen des in der Besprechung gesteckten Zieles anpasse, was auch zugesagt wurde. Trotzdem beschimpfte der kommunistische Redner SAP und SPD in der maßlosesten Weise. Unser Genosse Sorhagen stellte dann in der Aussprache das Verbrecherische einer solchen Handlungsweise angesichts des Ernstes der Situation fest, wobei er nicht unterließ, zu zeigen, wie widersinnig die Kommunisten die Gewerkschafts- und vor allen Dingen die Einheitsfrontpolitik behandeln. Am Schluß der Diskussion konnte unser Genosse von der örtlichen kommunistischen Leitung nicht die Zusicherung erhalten, daß sie weiter zu der gemeinsamen Abmachung stehe und die Erklärungen ihres Redners mißbillige.

Offenburg (Baden)

Es geht voran. In öffentlicher Versammlung sprach der ehemals kommunistische Landtagsabgeordnete Genosse Jakob Ritter über Arbeiterblock oder Generalsdiktatur. Die Klarheit und Sachlichkeit seines Referates hielt die Zuhörer bis zum Ende in Spannung. Sie waren zwar nicht in der erwarteten Anzahl erschienen, da durch gleichzeitige Veranstaltungen anderer Parteien die unsere beeinträchtigt werden sollte, aber um so bedeutender ist der Gewinn fünf neuer Parteimitglieder, darunter eine Stadtverordnete, sowie die bevorstehende Gründung einer neuen Ortsgruppe der SAP in einem Orte der Umgebung. Mit überzeugender Kraft wies Genosse Ritter nach, daß von erster Stunde an die SAP ihre ganze Kraft der Einigung der Arbeiterklasse widmete. Seine Entfernung aus der KPD war nach deren eigenen Angaben damals aus rein politischen Gründen erfolgt, ganz im Gegensatz zu den heute noch darüber verbreiteten Unwahrheiten, seit Ritter der SAP beitrat.

Ulm

Maulhalten und singen! Wir wissen es nur zu gut, wie die Parteiversammlungen der Ulmer SPD zu „begeisterten Kundgebungen" werden. Es nimmt uns deshalb auch nicht wunder, wenn die „Donau-Wacht" in ihrer Nr. 128 von einer „freudigen Kampfaufnahme der Ulmer Parteigenossen gegen das Kabinett der reaktionären Konzentration — für Volksrechte und Sozialismus" zu berichten in der Lage war. Wilhelm Keil, der in Berlin war und „die Ereignisse in allernächster Nähe beobachten konnte", fragt, „ob die Feudalregierung die Demokratie stürzen könne". Zum ersten brauchen wir als Arbeiter nicht in Berlin zu sein, um die Ereignisse „aus allernächster Nähe zu beobachten", wir verspüren es tagtäglich: Lohnabbau, Sozialversicherungsabbau, faschistischer Terror usw. All dies besagt uns auch zum zweiten, daß wir schon längst aus weiter Ferne gesehen haben, wohin die Demokratie unter Brüning, Groener, Severing usw. gereist ist. Arbeiter, die für die Illusion von „ihrem" Staat, den sie schützen müßten, demonstrieren, kommen vor das Klassengericht. Stahlhelmfaschisten sind kürzlich an einem Sonntag in geschlossener Formation unter Trommelschlägen vom Memmingertor her durch die Hermann-Köhl-Straße und Schützenstraße marschiert — scheinbar von einer „Badetour". Ausrüstung: Trinkbecher, Brotbeutel, umgeschnallt, Stahlhelmabzeichen, ohne Mütze, aber Signalflagge. Das ist der demokratische Staat! Doch dem — ß — ist hiermit Gelegenheit gegeben zu einer untertänigen Anfrage. Wir glauben aber, daß er es am andern Tag nicht schon berichtigen braucht, er kann ja die Schuld auf uns schieben. — Doch zu Keil: Wie entzückt waren doch die Arbeiter, zu erfahren, daß auch das republikanische Zentrum gegen die Papen-Regierung ist. Das andere haben wir schon oft gesagt, daß das wirtschaftlicher Natur ist — auch Sklarek hat aus wirtschaftlichen Gründen mit Brolat „konferiert", oder umgekehrt. Weiter: Dieses Kabinett muß alle Arbeiter zur schärfsten Gegenwehr alarmieren! Für Brüning? So geht es weiter, in einem Sammelsurium von Illusionen, bis auch er zu der Erkenntnis kommt, daß die Existenz der Arbeiterbewegung auf dem Spiele steht. Er muß zu dieser Folgerung greifen, selbst auf die Gefahr, daß darin das Zugeständnis der Hilflosigkeit der SPD-Politik liegt, die sich nun steigert, denn eine zweite, die er, wenn er ehrlich wäre, zielen müßte, lautet nur dahingehend: das Mahnen der SAP war berechtigt, noch nie hat eine Partei im Laufe eines halben Jahres so recht in der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung bekommen. Wir sagen: leider; denn der andere Weg, den wir vorschlugen, wurde nicht gegangen, so mußte dies zwangsläufig kommen. Inzwischen nun Keil zum Schluß übergeht und versucht, rhetorische Lorbeeren zu erobern, organisiert — ß — vom Parteivorstands-Tisch hinüber zu den getreuen „Jungsozialisten a. D.", die bei der Auflösung so viel Geschrei machten, wegen Partei-„Diktatur", die nach ihrer heutigen Meinung noch nie in der SPD existiert hat, den Gesang der „Internationale". Nach diesem hält Göhring noch eine begeisterte Schlußansprache — und siehe, die Regie klappt vorzüglich, man singt nochmals. Die Versammlung ist geschlossen, die „Opposition" hat sich selbst geschlagen. Uebrigens, man braucht ja keine Diskussion mehr — man singt dafür tüchtig.

Werbt Abonnenten

Gemeinsame Reichsliste und Kampfkartelle!

Forderung von KPD- und SPD-Organisationen an ihre Bezirks- und Reichsleitungen

Die Ortsgruppe Kirn a. d. Nahe der SAP hat es seit ihrem Bestehen als ihre Hauptaufgabe angesehen, die Arbeiterklasse zur Bildung der Einheitsfront gegen Faschismus und Kapitalismus aufzurufen. Schon vor Monaten gelang es ihr, Funktionäre der SPD, der KPD und der anderen proletarischen Organisationen zu einer Aussprache über die Schaffung der Einheitsfront zusammenzubringen. Als nun die Ortsgruppe der SAP eine erneute Einladung zu einem Ausspracheabend über die Schaffung der Einheitsfront ergehen ließ, folgten ihr nicht weniger als 55 bis 60 Angehörige, meist Funktionäre der verschiedenen Organisationen, SAP, KPD, SPD, Kampfbund gegen den Faschismus und Reichsbanner. Gen. Fuhr legte in einem kurzen Referat den Standpunkt der SAP dar über die Notwendigkeit, den überparteilichen Zusammenschluß des Proletariats zum Kampf gegen die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse und gegen die ungeheure Gefahr einer faschistischen Diktatur sofort zu verwirklichen. Die Aussprache ergab

volle Uebereinstimmung in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten.

Soweit Meinungsverschiedenheiten zutage traten, bezogen sie sich im Grunde genommen auf Fragen der Form. Eine von der SAP vorgelegte Entschließung fand einstimmige Annahme. In ihr heißt es: „Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß der gemeinsame Kampfblock aller Organisationen des klassenbewußten Proletariats die Arbeiterklasse unüberwindlich machen und auch jetzt in letzter Stunde noch den Sieg über den Faschismus verbürgen würde. Sie ist auf der anderen Seite der Auffassung, daß die völlige Knechtung der Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus nicht verhindert werden kann, wenn der überparteiliche Zusammenschluß zum eisernen Widerstand gegen den gemeinsamen Feind nicht jetzt, in diesen Tagen und Wochen verwirklicht wird.

Deshalb hält es die Versammlung für das dringendste Gebot der Stunde, daß an allen Orten

proletarische Kampfkartelle auf revolutionärer sozialistischer Grundlage

gebildet werden, die die Arbeiterschaft aufrufen zum Kampf

gegen den Abbau der Löhne und Unterstützungen,
für die Erhaltung der Sozialversicherung,
für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich,
für Arbeitsbeschaffung,
für Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit,
gegen den Faschismus,
gegen alle Kriegsgefahren.

Darüber hinaus fordert die Versammlung von den Bezirks- und Reichsleitungen der einzelnen proletarischen Organisationen, daß sie dem in der Arbeiterschaft vorhandenen Willen zur Einigung Rechnung tragen und sofort die nötigen Schritte tun, um bezirksweise und zentral den überparteilichen Zusammenschluß zur kampfenden Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen.

Die Versammlung erwartet, daß die Einheitsfront des Proletariats im bevorstehenden Wahlkampf zum Ausdruck kommt."

Im Anschluß an die Annahme dieser Entschließung wurde die

Errichtung eines örtlichen Einheitskomitees

beschlossen, zu welchem SAP, KPD und Kampfbund sofort je zwei Vertreter bestimmen, während die Delegierten der SPD und des Reichsbanners noch namhaft gemacht werden sollen. Das örtliche Kampfkartell wird in Kürze mit einer Kundgebung an die Oeffentlichkeit treten.

Der Einheitswille setzt sich durch

Vom Ortsausschuß des ADGB in Braunschweig wurde folgender Brief an die Bezirkskampfleitung der Eisernen Front, an den Bezirks- und Ortsvorstand der SPD, an den Unterbezirk der KPD und an die Ortsgruppen der SAP und des ISK verschickt:

„In unserer Ortsausschußsitzung am 9 Juni 1932 ist ein Antrag angenommen des Inhaltes, „im kommenden Wahlkampf möge ein Burgfrieden geschlossen werden dahingehend, daß sämtliche Arbeiterparteien die gegenseitige Bekämpfung unterlassen". Der Ortsausschuß Braunschweig des ADGB war einstimmig der Ansicht, daß im kommenden Wahlkampf eine Bekämpfung der Arbeiterparteien unter sich unterbleiben müsse, um den Faschismus selbst wirksam bekämpfen zu können.

Indem wir von diesem Willensausdruck Kenntnis geben, ersuchen wir gleichzeitig höflichst um Ihre gefällige Kenntnisnahme (Stellungnahme?) dazu."

Interessant ist, daß diese Entschließung **von einem Sozialdemokraten eingebracht und auch von den kommunistischen Mitgliedern des Ortsausschusses gebilligt** wurde. Wenn diese Resolution auch noch längst nicht genügt, um eine kampffähige Einheitsfront der Arbeiterklasse zustande zu bringen, wenn ein parlamentarischer Burgfrieden in diesem Wahlkampf im Sinne eines Verzichts auf kameradschaftliche gegenseitige Kritik die Einheit in der Aktion auch nicht gerade fördert, — dieser Brief ist doch ein Ausdruck dessen, daß auch die Instanzen sich allmählich gezwungen sehen, dem stürmischen Willen der breiten Arbeitermassen nach der Einheitsfront Rechnung zu tragen. Die SAP hat die Entschließung des ADGB als einen ersten, wenn auch noch ungenügenden Schritt, begrüßt und den ADGB aufgefordert, die Organisationen

zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront aufzurufen.

★

Dem gleichen Willen der Arbeiter nach der Einheit entsprang die vom Betrieb Voigtländer einberufene Funktionärversammlung, die SPD, KPD und SAP aufgefordert hatte, zu dem Thema: „Wie schaffen wir die Einheitsfront?" Stellung zu nehmen. Die SPD hatte in letzter Minute abgesagt. Begründung: KPD und SAP möchten es sich zunächst erst einmal abgewöhnen, die SPD zu beschimpfen. Von der KPD sprach der Genosse Teich: „Unten" müsse man sich zusammenschließen. Mit den „Führern" gehe es nicht. Folglich wecke die SAP mit ihrer Aufforderung an den ADGB, die Einheitsfront zu schaffen, Illusionen in den Massen. Es sei grundsätzlich falsch, sich an die Spitzen zu wenden. Der Kampf sei nur möglich gegen die Führer. Die Auffassung der SAP über die Einheitsfront entwickelte Genosse Rodenstein. Beschlossen wurde, eine Belegschaftsversammlung einzuberufen und einen Kampfausschuß zu wählen. Ebenfalls wurde die Resolution des Genossen Rodenstein angenommen,

alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen zur Bildung der Einheitsfront aufzufordern.

In dieser Versammlung zeigte sich wieder einmal, wie verheerend sich die ultralinke Generallinie der KPD gegen eine wirkliche Einheitsfrontpolitik auswirkt. Es wird die Aufgabe der SAP bei Voigtländer sein, die ersten tastenden Versuche weiterzutreiben, um endlich den Kampfblock aller Arbeiterorganisationen zu schmieden!

Aufruf des Vereins Sozialistischer Aerzte

„In der jetzigen Situation ist die Einheitsfront aller proletarischen Organisationen im Kampf gegen den Faschismus das Gebot der Stunde. Der VSAe stellt sich mit allen Kräften in den Dienst dieses Kampfes. Das faschistische Regime schickt sich an, die gesamte Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge zu zerschlagen, kulturpolitisch und bevölkerungspolitisch droht die schwärzeste Reaktion. Die Aufklärung über das wahre Gesicht des Faschismus muß in die breitesten Massen getragen werden. Der VSAe fordert die proletarischen Parteien, Gewerkschaften und Versicherungsträger auf, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse die Massen zum Widerstand gegen die faschistischen Angriffe auf die sozialen und volksgesundheitlichen Errungenschaften aufzurufen. Die Mitglieder des VSAe stellen sich allen Arbeiterorganisationen zu Versammlungen, zu ärztlichem Bereitschaftsdienst und zur Unterstützung zur Verfügung."

★

Auch der linksbürgerliche „Dortmunder Generalanzeiger" setzt sich jetzt in seiner Sonntagsnummer für eine Listenverbindung der Arbeiterparteien ein.

Eisenbahnerstreik in Chile

Chiles neueste Regierung vor dem Sturz

Aus Chile kommen Meldungen, die über ein Wiederaufleben der revolutionären Bewegung berichten. Die Initiative hierzu liegt in den Händen der chilenischen Fliegertruppe. Die Flieger verlangen die Rückkehr von Oberst Grove. Sieben Bombenflugzeuge nahmen den Flugplatz von Iquique ein. Andere hielten den Zerstörer auf, mit dem Grove, Matte und andere Revolutionäre nach Juan Fernandez auf der Cruso-Insel gebracht werden sollten. Auch der Flugplatz Quinteros wurde von den aufständischen Fliegern wieder erobert.

Die Lage hat sich noch dadurch verschärft, daß die Marine sich weigert, der Regierung gegen die Aufständischen beizustehen. Andererseits unterstützt sie nicht die Revolutionäre, sondern fordert die Rückkehr des früheren Präsidenten Montero.

Nur ein kleiner Teil der Luftstreitkräfte ist regierungstreu geblieben.

Tausende von Eisenbahnern, die sich für Grove ausgesprochen haben, sind in den Ausstand getreten. Der Verkehr wird in beschränktem Umfange durch Truppen aufrechterhalten. Die Streikbewegung dehnte sich während des Sonntags auf größere Teile Chiles aus. In Santiago sind sämtliche Arbeiter der Kupferbergwerke und in Valparaiso die Angestellten der Omnibusgesellschaft sowie die Beamten der Handelsmarine in den Streik getreten. Das Armee-Oberkommando hat den Eisenbahnarbeitern ein Ultimatum gestellt, in dem sie mit Entlassung sowie Verhaftung und Aburteilung vor einem Kriegsgericht bedroht werden, falls sie den Dienst nicht bis Montagvormittag um 10 Uhr wieder aufgenommen haben.

Genereller Lohnabbau in Japan

TU. Tokio, 20. Juni 1932.

Amtlich wird gemeldet, daß auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem japanischen Arbeitsministerium und den japanischen Arbeitgeberverbänden beschlossen wurde, die Löhne in Japan ab 1. Juli um 8 vH. zu kürzen. Die Kürzung der Löhne wird für sämtliche Betriebe und Werke in Japan durchgeführt.

Opfer des Imperialismus

TU. Moskau (über Kowno), 20. Juni 1932.

Nach einer russischen Meldung aus Schanghai hat die chinesische 19. Armee beim Kampfe gegen die japanischen Truppen an Toten 2329 Soldaten und 117 Offiziere verloren, 6942 Soldaten und 311 Offiziere wurden leicht und schwer verletzt. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung können in diesem Augenblick noch nicht festgestllt werden.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

32. Fortsetzung.

Immer diese Jugendämter. Erst wird die Fürsorge eingeleitet, weil sie nicht wissen, wohin mit dem Jungen, dann ist es wieder nicht richtig . . . Der Junge bleibt hier, entscheidet er für sich und ist befriedigt, als er den ablehnenden Bescheid des Direktors an das Jugendamt liest. Und dann: wieso empfindlicher Junge . . . bei diesem Vorleben . . . Liebe Zeit, ist das ein Irrtum . . .

Hans hat sich längst fest entschlossen, aber es kämpft sich doch immer ein Bläschen Unruhe durch den Entschluß durch. Dein Versprechen, Hans! Aber da ist die Freiheit . . . Heute abend nicht mehr mit dreißig Jungen in einem Saal, mit zehn an einem Tisch essen und nicht mehr mit zwölf Jungen in einem Saal schlafen müssen, ist ein beseligender Gedanke. Heute wird Piepel nicht mehr zu hören sein. Da hinten liegt Berlin . . .

Zehn Minuten vor sechs springt Friedel über die Mauer. Gleich darauf folgt Hans.

Sie laufen ein Stückchen geduckt an der Mauer entlang, dann zwischen den Beamtengärten hindurch und dann geht's im gestreckten Galopp über das Feld. Nicht auf die Landstraße. Da kommt immer mal ein Erzieher oder irgendein anderer aus der Anstalt entlang. Und dann ist alles aus.

Das ist ein herrlicher Lauf. Hans ist ausgeruht und fühlt so richtig, wie er mit jedem Sprung die Anstalt und das alte Leben hinter sich läßt. Das liegt schon weit zurück. Man wird so frei und stark. Mit jedem Augenblick und mit jedem Sprung wächst seine Kraft. Los, nur los. Das Leben muß anders werden. Er wird zu Herrn Leukel gehen, der Vater wird ihn wieder aufnehmen, die Mutter steht da hinten und da sind Lissi und Ida. Mutter, ich komme. Die Luft ist frisch und die Lungen pumpen sich voll. Er wird immerzu laufen. Das ist der schönste Lauf in seinem Leben.

Da ruft Friedel. Er kann nicht mehr. Hans fliegt noch ein paar Schritt weiter. Er kann den Lauf nicht beenden. Aber der Freund darf nicht zu weit zurückbleiben. Die Anstalt ist nicht mehr zu sehen. Links liegt das Dorf. Drüben auf dem Felde sind noch Menschen. Also, weiter hinunter. Ein Gestrüpp und ein Grenzweg decken sie gut. Schritt für Schritt weiter. Ein Häslein flüchtet mit jähem Satz vor ihnen her. Renne nur. Das Tier verschwindet unter einem Busch . . .

Das Auto rast über die Landstraße. Hans fühlt sich geborgen. Wohlig und befreit streckt er sich. Vorne sitzen die beiden. Man merkt ihnen ihr Glücklichsein an. Freut euch nur . . . Ich bin frei . . . Wie die Bäume vorübersausen. Da kommt ein Dorf. Ein Fuhrwerk wird überholt. Tempo . . . Tempo . . . Drei Stunden später kommen die Lichter von Berlin. Aoh, Berlin . . . Das Auto fährt langsamer. Draußen fahren Straßenbahnen vorbei, nebenher. Autos hupen. Die Straßen sind glatt und die Lichter spiegeln sich in ihrem schwarzen Glanz. Jetzt kommt die Freiheit.

Aber wohin jetzt, Hans? Wieder in die Münze? Wieder Bodenplatte schieben, oder wo wollen wir wohnen? Friedel findet bei dem Freund Aufnahme. Sie wollen natürlich allein sein. Im Fahren besprechen sie ihren Plan. Hans soll zwanzig Mark haben. Zwanzig Mark. Aber er soll nicht mehr in die Münzstraße gehen oder in die Gegend. Es gibt ja genug Fremdenheime, wo man für zwei Mark die Nacht seine Ruhe hat. Man kann auch bei der Heilsarmee schlafen, oder im Friedensheim. Hans kennt den Laden . . . Jetzt fängt die Masse Mensch schon wieder an. Hans, du wolltest doch los von ihr. Hans, überlege noch. Das Auto hält in einer stillen Nebenstraße. Ein Blick durch die Scheibe, niemand ist zu sehen:

„Wiedersehen . . . danke . . . danke schön."

Und nun hinein ins Leben. Nicht mehr zurückschauen. Nur vorwärts. Hans will ja. Wie die Straßen riechen. Wieder Asphalt unter den Füßen. Die Schuhe knallen auf dem Boden. Eine Stunde läuft Hans ziellos umher und dann noch eine Stunde. Er muß das erst richtig genießen, wieder geradeaus gehen zu können. Links Häuser, rechts Häuser. Heute glotzen die Fenster nicht . . . Alles ist freundlich, aber die Hausflure sind dunkel. Hans möchte in ein Kino gehen. Hunger spürt er noch immer nicht. Er muß Berlin erst ganz auskosten, eher denkt er nicht an anderes. Dann kommt eine Straße mit Lichtern. Hans will nicht wissen, wo er ist, nur immer geradezu. Aus dem Lokal kommt Musik. An der Ecke stehen wieder junge Mädchen. Wie die warten . . .

Drei Jungen stehen da auch und warten. Sie haben auch Hunger. Da vorn stehen schon wieder Jungen. Der eine hat einen Matrosenkragen überm Jackett, er wird schon wissen, warum und wieso . . . Der andere hat kurze Höschen und ist sicher siebzehn alt. Vielleicht würden die nicht mehr hier stehen, wenn sie die zwanzig Mark von Hans in der Tasche hätten . . . Das ist so ein Leben . . .

Hans fühlt, daß er wieder in eine Dunkelheit hineinzugleiten beginnt. Die Straßen laufen wieder schier endlos und eine mündet in die andere. Wer kein Zuhause hat in dieser Stadt, ist einsamer als in der Wildnis. Da draußen trifft man einen Baum, einen Strauch, ein Tier. Du bist nicht allein, aber hier bist du in einem Kessel. Oder in einem dunklen Schacht. Alles ist weit und fremd. Alles dreht sich. Das Rad, denkt Hans. Die Lichter greifen nach mir. Ich bin müde. Wo soll ich hingehen? Nirgends ist eine Bank. Immer weiter, nur weiter. Links und rechts Häuser. Unten sind hell erleuchtete Schaufenster, oben wohnen Menschen. Hinter diesen dunklen Hausfluren wohnen Menschen, hier spielen am Tage Kinder. Ida . . .

Tapp und tapp, Hans. Das Gehen wird dir schon schwerer. Berlin ist groß. Wo willst du denn hin? . . .

Das Klavier spielt einen Walzer, die Geige begleitet und die Bilder rollen vorbei. Da küßt jemand eine Frau und die Frau weint. Da schießt jemand. Ein Zug fährt vorbei, aus dem Fenster winkt jemand. Warum rennen die Menschen nur so? Hans sitzt im Kino. Er ist schlapp und nun hat er Hunger. Und was soll werden? Er schließt die Augen . . .

Die Menschen stehen auf und gehen hinaus. Neue Menschen kommen. Hat er denn geschlafen?

Ach, ich bin ja so müde. Mutter, kann ich nicht nach Hause kommen?

Hans weiß, daß er das nicht kann. Manchmal nur kommt ihm der Gedanke. Herr Leukel . . . Ob Herr Leukel wohl verheiratet ist? Herr Leukel hat sicher ein Zuhause. Morgen wird er sich bei Herrn Leukel melden. Hier bin ich. Bringen Sie mich nicht mehr in eine Anstalt. Ich kann ja nicht mehr. Ich will ja anständig werden. Ich bin nicht wieder nach der Münzstraße gegangen. Ich will nicht mehr hin. Nie mehr. Nie . . . Nicht mehr nach der Anstalt. Ich kann es unter den Jungen nicht mehr aushalten. Ich bin schlechter als die andern, aber ich kann das nicht mehr hören, ich will das nicht mehr sehen . . .

Die Musik spielt einen Marsch. Da küßt wieder jemand eine Frau. Und die Frau weint. Da schießt jemand. Ein Zug fährt vorbei, aus dem Fenster winkt jemand. Immer wieder fängt das Leben von vorn an. Hans will auch von vorn anfangen. Heute und morgen . . .

Zur Metallarbeiter-Verbandstagswahl

Am Sonntag, dem 26. Juni, findet in den einzelnen Bezirken des ganzen Reiches die Urwahl der Delegierten zum DMV-Verbandstag in Dortmund statt. Wie wir schon in früheren Artikeln darlegten, werden in den (größeren) Verwaltungsstellen, die für sich allein eine Wahlabteilung bilden, fast durchweg keine Urwahlen vorgenommen, weil da in der Regel die Delegierten nach den neuen Bestimmungen schon in der Generalversammlung endgültig gewählt wurden. In Wahlbezirken dagegen, die sich aus mehreren kleineren Verwaltungsstellen zusammensetzen, hat jede Verwaltungsstelle das Recht, Kandidaten aufzustellen. Davon wurde fast überall Gebrauch gemacht, wobei in einer ganzen Anzahl von Wahlbezirken auch oppositionelle Kandidaten aufgestellt worden sind. Hier muß Urwahl durchgeführt werden.

Es gilt nun seitens unserer Genossen, wie aller oppositionellen Metallarbeiter, alles zu tun, um überall einem oppositionellen Kandidaten zum Sieg zu verhelfen.

Da die Wahlkreise in der Regel räumlich sehr ausgedehnt sind und oft die notwendige Verbindung unter den oppositionellen Genossen der einzelnen Verwaltungsstellen fehlt, so sind in manchen Wahlkreisen mehrere oppositionelle Kandidaten aufgestellt, obwohl meist nur einer zu wählen ist. Das wird noch begünstigt durch die Zersplitterung der Opposition in SAP-, KPD-O- und KPD-Genossen. Wird aber bei der Urwahl diese Zersplitterung nicht beseitigt, d. h., vereinigen die oppositionellen Kollegen eines ganzen Wahlkreises ihre Stimmen nicht auf einen Kandidaten, dann bedeutet das meist die sichere Wahl eines Reformisten.

Das muß aber unter allen Umständen verhindert werden. Wir fordern daher unsere DMV-Genossen in allen Kreisen, wo Urwahl stattfindet, auf, sich erstens sofort mit den SAP-Genossen in den anderen Orten desselben Wahlkreises in Verbindung zu setzen und auf jeden Fall zu verhindern, daß etwa zwei SAP-Genossen im gleichen Wahlbezirk gegeneinander kandidieren. Entweder muß einer der Kandidaten (wenn es drei oder mehr sein sollten, alle übrigen) zurücktreten, oder wenn das nicht mehr geht, müssen alle Genossen aufgefordert werden, nur für den einen, ausersehenen Kandidaten zu stimmen.

Dasselbe muß mit den übrigen Oppositionsgruppen angestrebt werden, wobei die Unterstützung von KPD-Kandidaten aber nur in Frage kommt, wenn es sich um Kollegen handelt, die gewillt sind, im Rahmen des Verbandes revolutionäre Arbeit zu leisten und gegen jede Spaltung zu kämpfen. Eindeutig liegt nur unser Verhältnis gegenüber den Kollegen der KPO. **Wo sie neben unseren Genossen zur Wahl stehen, muß unbedingt eine Verständigung auf eine einheitliche Kandidatur herbeigeführt werden.** Am besten ist es hier, nach dem Modus zu verfahren, daß die im Bezirk enthaltenen Gruppen den Kandidaten zu stellen [illegible] schwächere ihren Kollegen zurückzuziehen bzw. nicht für den eigenen, sondern geschlossen für den anderen Kandidaten zu stimmen hat. Steht überhaupt kein SAP-Kollege zur Wahl, so müssen unsere Genossen und Anhänger selbstverständlich geschlossen für den anderen jeweils in Frage kommenden Oppositionskandidaten stimmen. Das trifft für unsere Genossen besonders in einigen thüringischen Wahlkreisen zu.

In den Wahlkreisen, wo keine oppositionellen sondern nur SPD-Kandidaten zur Wahl stehen, müssen unsere Genossen, soweit nicht – wie in Düsseldorf – von der Gesamtopposition etwas anderes beschlossen ist, unter den verschiedenen SPD-Kandidaten den der Opposition am nächsten stehenden (z. B. SPD-Arbeiter gegenüber Verbandsangestellten) unterstützen und wählen.

Alles in allem, die Urabstimmung am Sonntag wird nicht die Entscheidung über reformistische oder revolutionäre Mehrheit auf dem Verbandstag bringen, weil die Mehrheit der Delegierten in den großen Städten schon endgültig bestimmt ist und nicht durch Urabstimmung gewählt wird. **Es muß aber alles getan werden, um die noch gegebenen Urwahlmöglichkeiten auszunutzen für die Wahl einer möglichst großen Zahl oppositioneller Delegierter. Kein DMV-Genosse, kein Oppositioneller darf seine Wahlpflicht versäumen.**

Scharfmacherpraktiken in der KGB.

Die Direktion der Konsumgenossenschaft Berlin (KGB.) hat ihrem gesamten gewerblichen Personal gekündigt.

Der ganz offen zugegebene Zweck dieser Kündigung ist, den Arbeitern einen erheblichen Lohnabbau aufzuzwingen. Nach der in der letzten Belegschaftsversammlung (siehe „SAZ" vom 17. Juni) erfolgten Ablehnung der erneuten Abbauphase der Direktion hat auf deren Anrufung der Schlichter den gewünschten Lohnabbau-Schiedsspruch gefällt. Weil die Arbeiter diesen Schiedsspruch ebenfalls ablehnten, hat jetzt die Direktion die Kündigung ausgesprochen, d. h. praktisch, sie will eine Aussperrung durchführen, um, wie die Direktion selbst erklärt, „auf einer anderen Basis zu einer neuen Lohnreglung zu kommen".

Was hier die Direktion beginnt, ist nichts anderes als Anwendung der übelsten kapitalistischen Scharfmachermethoden im Arbeiterkonsum. Es sind durchweg prominente SPD-Führer, die an der Spitze der KGB. stehen. Was sagt der „Vorwärts" zu diesen „selbstmörderischen Wirtschaftsführern" der KGB? Hier wäre seine Selbstmordtheorie wirklich angebracht, denn was für Privatkapitalisten nur noch möglich und bis zu einem gewissen Grade nützlich ist, das muß bei der Arbeitergenossenschaft zum Ruin, zum Selbstmord führen.

Das Vorgehen der KGB.-Direktoren muß um so schärfer verurteilt werden, als die Konsumarbeiter, wie wir schon in unserem Bericht vom 17. 6. zeigten, in einer weit über den Preisabbau hinausgehenden Form entgegengekommen sind, und widerstandslos erheblichen Abbau der Löhne, des Urlaubs usw. geschluckt haben. Sollte die Direktion etwa Umsatzrückgang als Zwangsgrund für ihr Vorgehen ins Feld führen, so ist das von vornherein nicht stichhaltig, weil das durch Entlassungen und Kurzarbeit mehr als ausgeglichen ist. Kurz, es bleibt kein zwingender, plausibler Grund für dieses Vorgehen. Sollten aber trotzdem in der Tat finanzielle Schwierigkeiten in der KGB bestehen, die man glaubt auf Kosten der Arbeiter beheben zu können, **muß der Fehler an der Unfähigkeit oder der falschen Personalpolitik der Geschäftsleitung und den hohen Gehältern der oberen Angestellten liegen.**

Die KGB-Mitglieder haben daher alle Veranlassung, hier nach dem Rechten zu sehen. Sie müssen sofortige Verkaufsstellenversammlungen und Einberufung der Generalversammlung verlangen. Gerade weil wir **für die Stärkung und Ausbreitung der Arbeiter-Konsumgenossenschaft sind, weil wir es für die Pflicht jedes Arbeiters halten, der KGB anzugehören und dort zu kaufen,** müssen wir verlangen, daß derartige Scharfmacherpraktiken sofort unterbunden und die Kündigungen zurückgenommen werden. Die offensichtlich dem Fühlen und Denken der Arbeiter völlig entfremdete Direktion liefert den Nazis gerade jetzt zur Reichstagswahl den notwendigen Stoff für ihre demagogische Agitation. **Darum schleunigst Schluß damit, die Sympathie aller Proletarier ist bei den gekündigten Konsumarbeitern.**

Generalstreik der englischen Weber?

TU. London, 20. Juni 1932.

Der Hauptausschuß des englischen Weberverbandes entschied sich am Sonnabend in einer Sondersitzung in Manchester, eine neue Streikabstimmung unter seinen Mitgliedern zu veranstalten. Der Hauptauschuß legt es seinen Mitgliedern nahe, sich bei der Abstimmung infolge der Lohn- und Arbeitszeitkürzung für einen Generalstreik zu entscheiden.

Raub der Krisen-Unterstützung

Der Reichsarbeitsminister der Junkerregierung hat die bisherige Verordnung über Krisenfürsorge aufgehoben und neue Bestimmungen erlassen, deren entscheidende Sätze lauten:

„Krisenfürsorge erhalten in Zukunft nur Arbeitslose, die hilfsbedürftig sind. Ob Hilfsbedürftigkeit vorliegt, entscheidet sich nach den Vorschriften für die allgemeine Fürsorge in den Reichsgrundsätzen. Die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung gelten auch für die Krisenfürsorge. Sie sind Höchstsätze. Im Rahmen dieser Sätze richtet sich das Maß der Krisenunterstützung nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit. Die Unterstützung darf nicht höher sein als der Betrag, den der Arbeitslose in der öffentlichen Fürsorge zu erhalten hätte."

Zunächst sei festgestellt, daß der Wortlaut dieser Bestimmungen bewußt unklar gehalten und auf absichtliche Täuschung der Oeffentlichkeit berechnet ist. Tatsache ist, daß **jeder Erwerbslose nach 6 Wochen Alu auf die Hungersätze der Wohlfahrt gesetzt bzw. jeglicher Unterstützung beraubt wird.** Arbeiter denkt daran, daß das von der Nationalsozialistischen „Arbeiter"-Partei unterstützt und gutgeheißen wird.
licher Unterstützung beraubt wird.

Der Fluch der RGO-Politik

Der „Einheitsausschuß oppositioneller Mitglieder im Deutschen Metallarbeiterverband" und die „Oppositionsgruppenleitung im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands" (beides KPD- bzw. RGO-Gebilde), hatten zum Freitag, dem 17. Juni, abends 7½ Uhr, in den Prachtsälen am Märchenbrunnen zu einer öffentlichen großen Versammlung aufgerufen. Erschienen waren etwa 300 Kollegen, die sich sehr verlassen in dem 2000 Personen fassenden Saal vorkamen. Die Hälfte der Kollegen gehörten noch dazu der SAP und verschiedenen, von der KPD ausgeschlossenen politischen Gruppen, an.

Angesichts des leeren Saales schlug der Einberufer vor, in 14 Tagen die Versammlung zu wiederholen. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte einigte man sich auf ein Zehn-Minuten-Referat und Bericht eines Kollegen von den graphischen Hilfsarbeitern.

So kläglich die Versammlung der KPD war, mit um so mehr Aufwand an Druckerschwärze wird die „Rote Fahne die Kämpfe der Berliner Metallarbeiter mit ihrer „siegreichen" RGO führen. Die Mißerfolge der KPD mit ihrer RGO-Politik, sollten ihnen endlich lehren, die klassenfeindliche RGO-Politik aufzugeben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Klaus Zweiling, Berlin, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung" erscheint täglich außer Montag.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Dienstag, 21. Juni
Zum 1. Male!
Wiener Blut
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Dienstag, 21. Juni
Jeppe vom Berge
Schillertheater
Dienstag, 21. Juni
8 Uhr:
Abschied von der Liebe

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2941
Dienstag, 21. Juni
8¼ Uhr
Zum 1. Male:
Geld ohne Arbeit
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Dienstag, 21. Juni
8.30 Uhr:
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
5.30 Uhr:
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Zigeunerliebe

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Nackte Wahrheiten
Tonfilm
Großstadtpflanzen
stummer Film
Anfangszeiten Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Die Drei von der Stempelstelle
Tonfilm
Chauffeur Antoinette
Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Berlin spricht nur von
Frankenstein
(der Film des Gruselns, Packens, Aufregens)
dazu
Der Sprung ins Nichts
Zirkusfilm mit Cilly Feindt
Wochentags ab 5 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr
Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Der große Sensationsfilm
Frankenstein
dazu:
Ein süßes Geheimnis

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Nur 3 Tage!
2 Großtonfilme
der sensationelle Erfolg
Vampyr
das hochinter. Filmwerk der Gegenwart
Dazu der große Operettentonfilm
Der Tanzhusar
mit Greti Theimer, Ernst Verebes, Oskar Karlweis, Julius Falkenstein, Albert Paulig
Inserieren bringt Gew'nn
PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Der aufpeitschende Revolutionsfilm:
Der blaue Expreß
dazu: Willy Fritsch, R. A. Roberts
Der Frechdachs
(Sonnabend, den 18. Juni, Nachtvorstellung Sensations Gastspiel: Cumberland, Heilsehen und okkultistische Experimente.

Kino für Jedermann
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am Potsdamer Platz 8 Kurf. 2334
Verlängert
Marlene Dietrich
in
„Schanghai-Expreß"
der erfolgreiche Tonfilm der Saison
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM.
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Größ. Tag- u. Nachtkino Berlins

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Seestraße
Brigitte Helm, Rudolf Forster
Die Gräfin von Monte Christo
Der Frauenraub auf Madagaskar

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Das rote Gewerkschaftsbuch
erscheint im Juni als 5. Buch in der Reihe der „Roten Bücher" der Marxistischen Büchergemeinde. Verfasser dieses Buches sind die Genossen
A. Enderle, J. Walcher, E. Weckerle und H. Schreiner.
Dieses Buch zeigt klar und eindeutig die großen Aufgaben, die die Gewerkschaften in dieser ökonomischen und politischen Krise haben.
Dieses Buch mußt Du unbedingt lesen
wenn Du wissen willst, worauf es heute ankommt, welche Stellung Du in der Gewerkschaftsfrage und in der Gewerkschaftsarbeit einnehmen sollst. Aber nicht nur lesen mußt Du dieses Buch, sondern Du mußt überall bei allen Gewerkschaftskollegen für weiteste Verbreitung sorgen.
Das Buch kostet für Mitglieder der Marxistischen Büchergemeinde 3 Mk.
für Nichtmitglieder 4,75 M.
Solche Bücher wie dieses müssen in Massenauflagen ins Volk. Zur Verbreitung solcher Bücher brauchen wir unsere Bücherorganisation, die Marxistische Büchergemeinde, die immer weiter ausgebaut werden muß und für die täglich neue Mitglieder geworben werden müssen.
Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 1 Mk., für 3 Monatsbeiträge bekommst Du 1 Buch
Melde Deine Mitgliedschaft an und bestelle sofort das Gewerkschaftsbuch bei dem örtlichen Literaturobmann oder direkt bei
Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16
wo Du auch Prospekte und Material anfordern kannst und jede weitere Auskunft über die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde erhältst.

Wer Gutscheine kauft, stärkt den Pressefonds!